

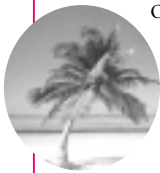
Nahost



Doppelt so viel Inhalt und noch ohne Gebühren: Diese Woche gibt es eine Beilage zum Konflikt zwischen Israelis und PalästinenserInnen

Beilage

Demo



Obwohl genug Wasserbomben zur Sprengung vorhanden waren, blieb das Arbeitsamt am 1. Mai leider stehen

Seite 2

Musik



Die Sterne lassen sich mit ihrer neuen CD „Irres Licht“ leider weg von den Sternen und hin auf die Irrwege der Massenkompatibilität führen

Seite 3



<http://www.bo-alternativ.de>

Wie oft kann man ein Wahlversprechen brechen? Die Sozis mal wieder!

Wer gedacht hat, schlimmere Arschritte für die StudentInnen als Gebühren nach dem Kontenmodell hätten die NRW-Sozis nicht in Petto, könnte sich getäuscht haben. Zuzutrauen ist denen offenbar alles, außer, dass sie von ihrem französischen Pendant lernen. Zeit, sie abzuwählen: Studiengebühren kann rot-grün sich nicht leisten!

Die FachschaftssprecherInnenkonferenz (FSK) der Uni Köln hat eine weitere Initiative gegen Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen gestartet. Sie will damit auf Pläne der NRW-Regierung reagieren, abweichend von den bisherigen Plänen, Studiengebühren nach dem sogenannten Kontenmodell einzuführen, doch lieber undifferenziert mit dem Holzhammer an die Frage ranzugehen: mit Rückmeldegebühren, Gerüchten zufolge in Höhe von 50 Euro pro Semester, und Strafgebühren nach dem Vorbild Baden-Württembergs. Dort werden ab dem 14. Semester dreistellige Eurobeträge an Strafgebühren pro Semester fällig.

Worte statt Taten!

Die Uni-FSK Köln hat in Absprache mit

diversen BündnispartnerInnen des Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) eine Resolution verfasst und verbreitet. Am Montag schloss der AStA der Ruhr-Universität sich der Resolution an, die Fachschaftenvertretung FSVK diskutierte eine Unterstützung. Am gestrigen Dienstag befasste sich auch das Landes Asten Treffen (LAT) mit dem Aufruf und den finsternen Plänen der Landesregierung.

Die Resolution

In der Resolution „Für ein gebührenfreies Studium!“ heißt es: „Aus sozial-, bildungs- und gesellschaftspolitischen Gründen lehnen wir die am 6. Mai 2002 von der Landesregierung NRW verkündeten Pläne zur Einführung von Studiengebühren kategorisch ab. Für alle öffentlichen Bildungseinrichtungen sowie für die soziale Absicherung der BildungsteilnehmerInnen müssen ausreichende Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. StudentInnen dürfen nicht gegen SchülerInnen, Auszubildende nicht gegen Kindergartenkinder ausgespielt werden. Denn die Ergebnisse der PISA-Studie und der Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks bestätigen: Das gesamte deutsche Bildungssystem sorgt in erschreckendem Maße für soziale Selektion. In allen Bildungsbereichen – von der Kindertagesstätte bis zur Weiterbildung – ist der Zugang zu Bil-



Massive Proteste gegen Clement Begrüßung mit einem Pfeifkonzert

Am ersten Mai musste Ministerpräsident Clement feststellen, dass seine Hin- und Herbewegung für seine Heimatstadt Bochum von deren BewohnerInnen offenbar nicht gewürdigt wird. Es schien sogar, als ob viele Leute auf dem Dr. Ruer-Platz gar nicht wussten, wie toll Clement eigentlich ist. Jedenfalls lässt sich das aus der Reaktion der Menschen auf Clements Rede schließen.

Ihm halfen weder seine demonstrativ zur Schau gestellte Solidarität noch sein Mitgefühl mit dem problematischen Standort Ruhrgebiet und dessen BewohnerInnen, die schwierige Zeiten durchgemacht hätten. Obwohl ER doch weiß, wie wir uns fühlen, ER versteht uns! Wie nett! Und so entsprachen sein adreter An- und Aufzug auch dem, was die Feiern gerne sehen wollten. Ganz im Gegensatz zu dem Bild eines etwas weniger gepflegt, dafür äußerst authentisch wirkenden Zwi-

schenschers, der fragte, was denn mit den Obdachlosen und Arbeitslosen sei. Dieses sowohl optisch als auch akustisch als äußerst ungeschön empfundene „Problem“ wurde kurzerhand weggewischt bzw. -gebracht.

Und so begann der Tag: Zahlreiche Stände wurden ab 9.00h auf dem Dr. Ruer-Platz aufgebaut. Der DGB wollte unter dem Motto „Globalisierung gerecht gestalten“ Clement sowie den 1. Mai feiern und hatte daher alle Gruppen, die Proteste angekündigt hatten, mit ihren Ständen nach außen gedrängt. Bloß weit weg von der Bühne. Doch das nutzte nicht viel. Auch die kurzfristige Änderung der Rednerreihenfolge half nicht. Nicht mehr Clement war Erstredner, statt dessen wurde dem Publikum in den Reden, die vorgelesen worden waren, noch einmal deutlich gesagt, wie gut man Clement finden muss. Traurig, wenn diese Art des Anheizens der Menge notwendig ist. Viele Leute schienen es dennoch zu überzeugen, was von ihrem „kritischen Bewußtsein“ zeugt, bzw. wurden in ihrer Meinung zu Clement bestätigt.

Protest

StudivertreterInnen und viele andere ließen sich trotzdem nicht irritieren. Noch bevor Clement das Wort ergriff, gingen etwa 20 Transparente hoch, denen der Verdross über Clement und

die SPD entnommen werden konnte. Einige Gruppen protestierten mit dem gemeinsamen Logo „Tatort NRW“. Rasterfahndung, Krieg, Abschiebeknäste, Studiengebühren, Metrorapid, Pipelines in Ecuador, all das sind Resultate rot-grüner Politik. Clement schien sich nicht mehr daran zu erinnern und sprach etwa zwanzig Minuten lang, begleitet von einer ohrenbetäubenden Geräuschkulisse (Pfeifen, Schimpfen, Schreien) über Friedensmaßnahmen, an denen sich die Bundesregierung beteilige und Ähnliches. Auch betonte er, dass für jeden jungen Erwachsenen in NRW ein Ausbildungsplatz zur Verfügung stehe. Sicherlich, mit genügend Geld in der Tasche und entsprechenden Verbindungen auf jeden Fall. Kurz darauf sprach er jedoch schon wieder vom Ausbildungsnotstand. Was nun? Hüh oder Hott? Stolz blickte der Ministerpräsident auf die vergangenen Jahre zurück, in denen er was aus Bochum gemacht hätte. Er verlangte Durchhaltevermögen und Geduld, bald wäre alles ganz toll. Der Kampf für soziale Gerechtigkeit sei eben nicht von heute auf morgen zu gewinnen!

Kritisieren unerwünscht

Als Clement erzählte, dass ManagerInnen zu viel Geld kriegen und ArbeiterInnen nur wenig, horchten die DGB- und Clement-Fans auf und applaudierten für diese tolle Erkenntnis. Diese Fans waren es auch, die pfeifende und protestierende Menschen, hauptsächlich Frauen, angriffen und beschimpften. Schließlich sei das ihr 1. Mai und den wolle man auch richtig feiern (anscheinend am liebsten

mit Wölfi), ohne sich dabei stören zu lassen. Dazu lässt sich nur empfehlen, demnächst doch besser beliebte anstatt gehasste Leute als RednerInnen einzuladen. Oder – wie es offenbar der Wunsch einiger Leute war – das Recht auf freie Meinungsäußerung allein auf PolitikerInnen zu beschränken. Clements Meinung über die Protestierenden war eindeutig. Für ihn bestand die tosende, aufgebrachte Menge aus Leuten, die seit 20 Jahren mit Plakaten rumlaufen, was ihnen ja doch nichts bringt. Völlig ineffizient! Schließlich würden wir ja in einer Demokratie leben und die Mehrheit der Leute sei vernünftig (Applaus von der vernünftigen Mehrheit). Den Studierenden riet er, erstmal zu Ende zu studieren, dann könne man auch am Erfolg von NRW teilhaben.

Also dann auf: Wir müssen nur machen, was sie wollen! So funktioniert die Demokratie anscheinend. Das wird dann schon richtig sein! Bloß nicht denken. Wir könnten Zeit verschwenden, den Wirtschaftsstandort NRW währenddessen schwächen! Und dann wären doch wir und auch nur wir Schuld an jeglicher Misere!

**Mona Beumers, AStA-Referentin für Internationales und Frieden
Hanna Höfer, AStA-Referentin für Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation**

dung in hohem Maße von der sozialen Stellung der Einzelnen abhängig.

Studiengebühren verstärken soziale Selektion, verhindern ein freies selbstbestimmtes Studium und sind mit einer demokratisch und emanzipatorisch gestalteten Hochschule nicht vereinbar. Daher fordern wir die NRW-Landesregierung auf, ihre Pläne zur Einführung von Studiengebühren sofort zurückzuziehen und jegliche Studiengebühren zu verbieten. Dieses Verbot muss sich auch auf Verwaltungs-, Prüfungs-, Aufbau-/Ergänzungs-/Erweiterungsstudiums-, Zweitstudiums-, Langzeitstudiums- und Promotionsstudiumsgebühren erstrecken.

Die bsz schließt sich den Forderungen der Resolution an und fordert darüber hinaus: Für uns kein Studium – für die keine Diäten. Rot-grün unter 5 %!

Weitere Infos unter www.abs-nrw.de

Antifaschistische Demonstration am 11. Mai Naziterror in Dorsten

Die Kette faschistischer Übergriffe in Dorsten reißt nicht ab. Allein innerhalb der letzten Woche kam es wieder zu mehreren Nazi-Übergriffen, mindestens ein Opfer wurde krankenhauserreift geschlagen.

Ende März griff eine 12-köpfige Gruppe am Busbahnhof einen Linienbus an und zeigte den „Hitlergruß“, und schon kurz darauf wurde wieder einmal ein Mensch Opfer der Neonazis, als er von einer sechsköpfigen Gruppe krankenhauserreift gepöbeln wurde. Bei den Tätern handelte es sich um sogenannte „Gabbas“, eine Subkultur die durch martialisches Auftreten und schnelle Techno-Musik auffällt. Dorstener AntifaschistInnen vermuten, dass es sich bei dieser Gruppe um Personen handelt, die schon am 5. März versuchten, die BesucherInnen eines „Jugendhearings“ im Dorstener Stadtteil Holsterhausen anzugreifen.

„Die Demo soll ein Zeichen sein, dass eine andere Welt, jenseits von Ausbeutung und Unterdrückung, ...“

Die Dorstener Gabba-Szene steht der rechten Skinheadszene in nichts nach; Vertreter beider Gruppen veranstalten gerne auch gemeinsam Hetzjagden auf Menschen, die nicht in ihr faschistoides Weltbild hineinpassen, seien es nun antifaschistische Jugendliche, MigrantInnen, Schwarze Deutsche oder Flüchtlinge. Schlaglichtartig beleuchtet wurde die Zusammenarbeit der beiden Gruppierungen in Dor-

sten am diesjährigen Rosenmontag: Naziskins und rechte Gabbas waren hier zwischenzeitlich mit bis zu 40 Personen vertreten und bedrohten antifaschistische Jugendliche.

... von Armut und Terror möglich, und vor allem nötig ist. ...

Seitdem verschärfen sich die Zustände in Dorsten von Tag zu Tag. Nichtdeutsche Busfahrer wurden beleidigt und angegriffen, auf dem Gelände des Busbahnhofs wurden Hetzjagden veranstaltet und eine antifaschistische Info-Veranstaltung im Februar dieses Jahres wurde von mehr als 30 Neonazis aus Dorsten, Bochum, Gelsenkirchen und Marl angegriffen, ausgerüstet mit Messern, Hieb- und einem Scanner zum Abhören des Polizeifunks. Die örtlichen Behörden reduzieren dessen ungeachtet die rechte Szene auf „einige wenige rechts orientierte Jugendliche“, von einer Organisation könne nicht die Rede sein. Diese Verniedlichung der Neonaziszene geht mit einer Diffamierung und Einschüchterung der örtlichen Jugendantifa einher: Staatsschutzbeamte versuchten bereits, gezielt antifaschistische Jugendliche einzuschüchtern und die Dorstener Lokalpolitikerin Ursula Jacoby versuchte, den

Jugendantifas als „verlorenen Jugendlichen“ jeglichen politischen Anspruch abzuspüren. Einer solchermassen als kriminell und unpolitisch hingestellten Gruppe kann das Jugendamt dann natürlich auch keine Räume für Bildungsveranstaltungen zur Verfügung zu stellen.

... Kommt zur Demo am 11. Mai, steht gemeinsam mit uns auf gegen Naziterror und andere Scheußlichkeiten!“

Gegen diese „Normalität“ will die *antifajugend.dorsten* mit einer antifaschistischen Demonstration am 11. Mai vorgehen. Anknüpfend an eine gemeinsam mit dem örtlichen Ausländerbeirat durchgeführten Veranstaltung am 27. Februar soll „mit der Demo erneut ein Zeichen gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus“ gesetzt werden. „Jugendliche, die andauernd Opfer von Pöbeleien und tätlichen Angriffen aufgrund ihrer antifaschistischen Gesinnung oder nichtdeutschen Herkunft werden, sollen die Möglichkeit bekommen, ihren Unmut über die Dorstener Zustände zu äußern und ein Zeichen für eine unabhängige, antifaschistische Jugendbewegung zu setzen“ heißt es in dem Aufruf der *antifajugend.dorsten*.

Samstag, 11. Mai 2002, Dorsten, 11Uhr am Busbahnhof.

Sprengung des Arbeitsamts erfolgreich Leider steht es noch

Die anti-proletarische Avantgarde traf sich am „Tag der Arbeit“ um sich gegen diese zu positionieren. Wie erwartet zeigte sich die Reaktion deutlich in der Überzahl. Nichts desto trotz fanden sich rund 50 Leute zusammen, um das Arbeitsamt zu sprengen. Leider wurde es veräumt „geeignetes Material zur Sprengung“ mitzubringen. Das Arbeitsamt steht also noch und die Warenproduktion nimmt weiterhin ihren Lauf.



Natürlich war es auch nicht gewünscht, nur vielleicht ganz heimlich, das Arbeitsamt wirklich in Schutz und Asche zu legen. Es ging auch gar nicht so sehr darum, das Arbeitsamt als die böse Institution zu entlarven, sondern um mehr: Das Arbeitsamt bietet eine leichte Beute um klar zu machen, dass es auch Leute gibt, die nicht um Arbeit betteln und sich auch gut ein Leben ohne Arbeit vorstellen können. Dies ist besonders am 1. Mai wichtig, da sich am diesem Tag sämtliche Fraktionen einig sind: Arbeit muss her. Arbeit um jeden Preis zu fordern ist aus verschiedensten Gründen abzulehnen (vgl. *bsz* 552). Aber nicht nur das: Es schließt einen Prozess ein, in dem der Mensch nur noch als Produktionsfaktor vorkommt und es keine Sau interessiert, weshalb wir eigentlich arbeiten müssen.

Menschwerdung durch Arbeit

Mit Arbeit wird erstmalig eine Tätigkeit assoziiert. Dies treiben manche sogar so weit auf die Spitze, dass sie behaupten, dass das morgendliche Schnittschmieren schon als Arbeit zu bezeichnen ist. Schließlich würde dies ihre Arbeitskraft wiederherstellen und das sei doch notwendig um ordentlich schaffen zu können. Diese Leute können einem nur Leid tun. Denn selbst wenn sie schlafen, arbeiten sie. Wer also nicht von sich behaupten will 24 Stunden pro Tag zu arbeiten, muss sich folglich andere Kriterien zur Bestimmung von Arbeit überlegen. Versuchen wir uns also davon zu entfernen, dass Leute überhaupt etwas machen, sondern nähern wir uns dem Zweck der Arbeit. Für den/die Arbeitende dient die Arbeit dem Gelderwerb (Manche behaupten sogar, dass sie in ihrem Job ihren Lebenssinn entdeckt haben und dass sie ihn nicht wegen des Geldes machen, sondern wegen der Erfüllung, die sie dabei empfinden. Doch um diese Leute geht es hier erstmal nicht. So viel sei gesagt: Diese können einem nur Leid tun...). Geld brauchen wir alle, um Bedürfnisse befriedigen zu können. Daran gibt es nichts zu deuteln. Doch dahinter liegt noch ein anderes Prinzip, welches Arbeit nicht ausschließlich mit einem

strukturellen Zwang erklären lässt. Arbeit stellt auch nicht eine von der Natur gegebene Notwendigkeit sondern ein von Menschen gemachtes, und somit auch von Menschen wieder abschaffbares, gesellschaftliches Verhältnis dar.

Was Robinson Crusoe vom Arbeiter unterscheidet

Wer kennt sie nicht die Geschichte vom gestrandeten Bürger, der plötzlich vor der Aufgabe stand, zu sähen und zu ernten. Doch wäre Robinson auf die Idee gekommen wie ein Wahnsinniger zu produzieren, d.h. so viele Gebrauchswerte zu schaffen mit denen er selbst nichts mehr hätte anfangen können? Das klingt absurd und das ist es auch, doch für kapitalistische

Gesellschaften ist dies täglich Brot. Es werden nämlich Waren produziert, bei denen es in erster Linie nicht darum geht, irgendwelche Bedürfnisse zu befriedigen, sondern die Waren werden ausschließlich des Tausches wegen produziert. Das Bedürfnis ist hier also nur Mittel zum Zweck und nicht nicht der eigentlich Motor der kapitalistischen Produktionsweise. Menschliche Arbeit ist im Grunde genommen eine selbstzweckhafte Tätigkeit. Denn am Ende des Tausches geht es ja wieder von vorne los.

1. Mai – burschifrei Gestörte Burschen

In der Nacht zum 1. Mai gelang es Tübinger AntifaschistInnen, das sogenannte Maisingen der Tübinger Burschenschaften massiv zu stören.

Eine Fahrradbarrikade und eine sehr „flexible“ Sitz- und Stehblockade von ca. 200 Leuten sorgten für ein verspätetes Eintreffen der Burschen auf dem Holzmarkt, wo wie beim Maisingen üblich weitere 1.000 Leute mit einem gellenden Pfeifkonzert warteten. AugenzeugInnen berichteten, die Polizei sei überfordert gewesen bei ihren Versuchen „die Leute von der Straße zu bekommen“.

Bereits am 30. April demonstrierten mehrere hundert Menschen in Heidelberg gegen Burschenschaften, ausgehend von einem Straßenfest mit Quiz und Livebands. Nach Beendigung des Straßenfestes zogen größere Gruppen von AntifaschistInnen zu den Burschenhäusern um sich dort davon zu überzeugen, dass das von den Burschen geplante Maisingen nicht in der Öffentlichkeit sondern höchstens auf Grundstücken der Burschen stattfinden konnte. Da dies der Fall konnte die Antifaschistische Initiative Heidelberg (AIHD) den Zweck der Aktion für Erreicht erklären: „Auch in Zukunft werden wir dafür sorgen, dass die rassistische, sexistische und nation-



nal-chauvinistische Propaganda der reaktionären Studentenverbindungen in der Nacht zum 1. Mai nicht den Weg in die Altstadt findet“ erklärte eine Sprecherin der AIHD.

Deutsche Burschenschaft weiter auf Rechtskurs

Den Beleg, dass solche Aktionen weiter notwendig sind, führen wieder einmal die Burschen selber. Auf dem vom 24. - 26. Mai in Eisenach stattfindenden Burschen- und Altherrentag wird als Festredner beim Festkommers Karlheinz Weißmann auftreten. Der Gymnasiallehrer für Geschichte und evangelische Religion ist Mitglied des Korporationsverbandes *Deutsche Gildenschaft* und gilt als einer der führenden Strategen der Neuen Rechten. Diese strebt eine „Kulturrevolution von rechts“ an, in der rechte intellektuelle eine systematische, schrittweise gesellschaftliche Normenveränderung vorantreiben sollen um so für die extreme Rechte eine geistig-politische Vormachtstellung als Voraussetzung für politische Macht zu erlangen. Bereits vor seiner Promotion über „die politische Symbolik der deutschen Rechten“ betrieb er diese Strategie als Autor der Zeitschrift *Criticón*, der er inzwischen als regelmäßiger Autor verbunden ist. Später referiert er sowohl bei konservativen Organisationen als auch bei extrem rechten Gruppen etwa der Burschenschaft Danubia München, deren „Bogenhauser Gespräche“ zum Thema „Facetten der Konservativen Revolution“ er 1998 moderierte. Seine Artikel konnte er sowohl in der Wochenzeitung des Bundestages *Das Parlament* als auch im Publikationsorgan *Index* der inzwischen verbotenen Neonazi-Organisation *Nationalen Liste* (NL) plazieren. Auch im Bereich Relativierung der deutschen Verbrechen hat er sich bereits hervorgetan. Von ihm wird die *Deutsche Burschenschaft* sicherlich die Rede bekommen, die sie verdient.

Wildschweine im Laerholz gesichtet

Am späten Abend des 4. Mai keilten zwei ausgewachsene Eber im Laerholz aus. Sie waren offensichtlich auf dem Weg zu ihrem Stall, der Stuhdwohnheimkneipe „Vorlesung“, um dort ihren Rottenführer anzutreffen. „Sieg Heil“ rufend trafen sie jedoch zuvor im Wald auf ein menschliches Individuum, dem sie unvermittelt einen Backenzahn ausschlugen. Der Zweibeiner wehrte sich jedoch, zertrümmerte einem Eber den Kiefer und plättete die Nase des Anderen. Danach überließ er die Nazischweinchen den Gewalten der Natur und zog weiter seines Weges.

Rot-grüne Studiengedühren gestört

Die bundesweite Studierendenvertretung *fzs* (freier Zusammenschluss von studentInnenschaften) protestierte am 25.04.2002 auf der entsprechenden Sitzung des Deutschen Bundestages gegen die Verabschiedung der Studiengedührenregelung in § 27 der 6. HRG-Novelle. Drei StudierendenvertreterInnen des *fzs* entrollten auf der Zuschauertribüne während des Redebeitrages von Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) ein Transparent mit der Aufschrift „Studiengedühren verboten! § 27 stoppen!“, bis sie von Sicherheitskräften aus dem Saal gebracht wurden.

„Die von rot-grün verabschiedete Regelung ist kein Studiengedührenverbot, auch wenn dies von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ständig behauptet wird. Mit dem Gesetz sollen die bereits existierenden Studiengedührenmodelle ebenso abgesichert werden wie die derzeit in Planung befindlichen Varianten, wie zum Beispiel Studienkonten.“, so Kerstin Puschke vom *fzs*-Vorstand. Carmen Ludwig, ebenfalls Mitglied im *fzs*-Vorstand, ergänzte: „Die rot-grüne Politik in den Ländern zeigt, dass sich die beiden Parteien längst von der Idee eines gebührenfreien Studiums verabschiedet haben. So werden aktuell beispielsweise in Nordrhein-Westfalen Studienkonten eingeführt, die nichts anderes sind als Studiengedühren.“ Der *fzs* wird weiterhin für ein Studiengedührenverbot ohne Wenn und Aber kämpfen. „Studiengedühren sind sozial ungerecht und machen das Studium zu einem Privileg der Besserverdienenden. Bereits jetzt müssen 2/3 aller StudentInnen neben dem Studium zur Finanzierung ihren Lebensunterhalt arbeiten.“, so Tjark Sauer vom *fzs*.

Die drei wurden bei ihrer Aktion von zahlreichen Studierendenvertretungen bundesweit unterstützt und natürlich auch vom ASTA der Ruhr-Universität Bochum.

Gebührenjugend

Bislang ist die *Grüne Jugend Nordrhein-Westfalen* nicht durch Aktivitäten gegen die Pläne ihrer Mutterpartei und der rot-grünen Landesregierung zur Einführung von Studiengedühren in Erscheinung getreten. Zum Glück für die StudentInnen. Denn die Jung-Grünen würden garantiert irgendwas falsch machen, da kennen die gar nichts.

Als Beleg für das Unvermögen dieses Vereins sei hier ein Bericht über einen Besuch der *Grünen Jugend NRW* beim Berliner Bundestag zitiert, verfasst von der Landessprecherin Anna Schönhütte und gefunden in der *Krass – magazin der grünen jugend nrw* (3/02): „Am nächsten Tag führen zur Gedenkstätte KZ Sachsenhausen. Wir bekamen dort eine Führung, die größtenteils draussen stattfand, bei 10 Grad unter Null!!! Nun, dies vermittelt uns jedenfalls einen ziemlich genauen Eindruck von mehrstündigen Appellsituationen an kalten Wintertagen.“

Na gut, das mit den Fehlern könnte auch der *bsz* passieren.

Saufen gegen rechts

Jeden Sonntag, abends im Hardys, der netten Stukneipe im Hardenberghaus. Alkoholkonsum zur Förderung antifaschistischer Arbeit und proletarische und antifaschistische Musik.

Plakate gegen Arbeit

Der nächste Poldi am 14. Mai wird sich mit dem Thema Wildplakatierten beschäftigen. Unter dem Titel „Plakate zur Wiederaneignung des Lebens“ haben mehrere KünstlerInnen eine Plakatreihe entworfen, die sich kritisch mit dem Arbeitsbegriff auseinandersetzt. Auf der Veranstaltung, auf der auch die Plakate ausgestellt werden, soll über die Plakativität und auch über das theoretische Konzept, welches hinter dem entwerfen und kleben von Plakaten steht diskutiert werden.

Der 1. Mai 2002

Der Mai wurde kein Wonnemonat für Nazis

Lang ist es her, seit der 1. Mai als Kampftag der Arbeiterklasse verstanden wurde, wenn es denn mal wirklich so gewesen ist. Doch nicht nur die Existenz dieses Tages als Feiertag scheint bis heute einen besondere Anziehung für politisches Engagement zu haben.

Dieses Jahr wurden die DGB-Demos anscheinend wegen der bevorstehenden Streiks besser besucht. Doch nicht nur in Bochum auch von vielen KritikerInnen jener unsäglichen Allianz aus Sozialdemokratie und Gewerkschaftsfunktionären. In vielen Städten schlossen sich linke Gruppen in eigenen Blöcken an die DGB-Demos an, meist in kritischer Distanz. Und noch immer gibt es die Tradition, eigene Demos zu organisieren wie dieses Jahr wieder in Nürnberg, Münster, Wuppertal und natürlich in mehrfacher Form in Berlin. Wen es interessiert – den besten Überblick findet mensch unter <http://www.partisan.net/infopartisan/document/1mai2002.html> oder <http://www.indymedia.de>.



Naziaufmärsche mit Problemen

Seit einigen Jahren müssen wir uns gerade in Deutschland mit erhöhtem Aufkommen von Naziaufmärschen am 1. Mai beschäftigen. Was als Kampftag der Linken auf den ersten Blick irritiert, mag vielleicht doch nicht so ganz absurd sein. Die Nazis begreifen diesen Tag als Tag der Arbeit – der deutschen Arbeit und des deutschen Arbeiters. Hier wird die schon im Arbeiterklassenpartei-Marxismus immer mal wieder abgefeierte Leistung des Arbeiters im Gegensatz zum „faulen Arbeitgeber“ abgefeiert. Gerne trennt Herr Nazi (und

leider nicht nur er) zwischen vermeintlich produktiven und spekulativen Kapital. Das spekulative Kapital ist der Börsenaktionär oder Banker, der die ehrliche Leistung der Arbeiter und deren Leistung für die Nation aussagt. Dieser „Charakter“ wird dann gerne als „der Jude“ identifiziert.

Doch allzu weit geht die pseudo-antikapitalistische Pose dann doch nicht. Wenn Nazis am 1. Mai demonstrieren dann kommt außer ein bisschen die „böse Globalisierung“, eher „Ausländer raus“ und „Ruhm und Ehre der Waffen SS“ bei raus.

Wie in den vergangenen Jahren bereiteten NPd sowie „Freie Kameradschaften“ in verschiedenen Städten Aufmärsche vor. Soviel Problem wie dieses Jahr hatten sie jedoch lange nicht mehr. Inzwischen sind es nicht mehr nur Antifas, sondern gerne Oberbürgermeister, die besorgt um ihr Stadtbild gegen Nazis protestieren. Zeichnete es sich schon seit einigen Monaten ab, dass aus der Kombination Stadtoberhäupter, BürgerInnen und Antifas häufiger rechte Aufmärsche verhindert werden konnten, wirkte sich dies auch auf den 1. Mai aus.

Frankfurt

Wie im letzten Jahr kündigten die „Freien Kameradschaften“ ihren bundesweiten Aufmarsch wieder in Frankfurt am Main an. Wiederum starke Proteste in Frankfurt sowie einige Streitereien in der Nazi-Szene nach einem gescheiterten Aufmarsch in Leipzig vor ein paar Wochen verhinderten auch diesen. „Lediglich“ 400 Rechte versammelten sich am Treffpunkt. Rund um das Aufmarschgebiet demonstrierten Tausende von Antifas, GewerkschafterInnen und BürgerInnen. Als dann noch Rechtsextreme die

polizeiliche Durchsuchung durch Überrennen der Kontrollen entgegen wollten, griff die Polizei ein. Der Aufmarsch wurde von Christian Worch schnell abgesagt. Allerdings mit der Ankündigung gleich drei Tage später wieder zu kommen. Dies gelang am 4. 5. dank des Schutzes durch 1000 PolizistInnen gegen die gleich große Anzahl von Nazi-GegnerInnen. Doch als Erfolg dürfte der nach stundenlangen Warten begonnene Aufmarsch von den drei Dutzend (!) Rechtsextremen nicht empfunden worden sein.

Die NPd

Die weiterhin vom Verbot gefährdete NPd versuchte in Göttingen, Ludwigshafen, Mannheim, Dresden, Fürth und Berlin zu demonstrieren. Auch diese Aufmärsche waren allesamt schlechter als im Jahr zuvor besucht. Lediglich in Göttingen und Berlin schaffte es die Polizei, die Aufmärsche komplett vor antifaschistischen DemonstrantInnen zu schützen. Alle anderen Aufmärsche mussten wegen Protesten verkürzt oder abgebrochen werden.

Was bleibt, ist das unangenehme Wissen, dass über zweitausend Rechtsextreme zu demonstrieren versuchten. Aber derzeit scheint es sich für AntifaschistInnen wieder zu lohnen, gegen rechts zu demonstrieren. In der Region kann mensch dies gleich am nächsten Samstag in Dorsten <http://www.no-nazis.de> sowie eine Woche später in Hilden <http://www.antifakok.de> tun.

Ludwig Ruhr

Willkommen im big business Irres Licht

Wahr ist, was wahr ist, dass das, was war, nicht mehr da ist,“ singen die Sterne sehr richtig. Wer allerdings denkt, bei der neuen Sterne CD mit dem Titel „Irres Licht“ handele es sich um ein Dokument von rechthaberischen alten Herren, die glauben, die Weis- und Wahrheit mit Löffeln gefressen zu haben, der/die irrt sich gewaltig. Bei näherem Hinhören bedauert man das allerdings sehr. Denn explizite Stellungnahmen wären um einiges angebrachter als das, was auf dem „irren Licht“ zu hören ist.

Ihr haltet mit dieser Rezension wahrscheinlich den ersten Verriss des Tonträgers in der Hand, ich habe zumindest noch keinen gelesen. Denn kaum erscheint ihr neues Album beim großen Major-Label Virgin, ist alles schön weich gespült, bloß nicht zu politisch und doch eher langweilig. Zwar nicht ganz so schlecht wie das letzte Blumfeld-Album, richtig innovativ aber auch nicht mehr. Zweieinhalb Jahre hörte man nichts von den Sternen, jetzt haben sie ihr mittlerweile sechstes Album mit dem neuen Keyboarder Richard von der Schulenburg aufgenommen. Produzent ist Olaf O.P.A.L., der auch schon mit Miles, Liquido und Notwist zusammen gearbeitet hat. Alles in allem ist ein rockiges Album dabei heraus gekommen, in dem auf die Elektro-Frickeleien der Vorgänger-CD verzichtet wird. Und auch leckere Rückkoppelungen oder lockere, nicht nach Überproduktion klingende Stücke muss man lange suchen. Alles klingt doch eher nach „Wir-

haben-jetzt-auch-einen-fetten-Plattenvertrag.“ Und das ist eigentlich sehr schade.

Eins jedoch behalten sie bei: Die Anspielungen auf andere Lieder. Da gibt es verschiedene Zitate, beispielsweise das Gitarrenriff im ersten Lied „Nur Flug“, welches aus dem Song „Black is black“ von Los Bravos stammt. Aber zitiert haben sie ja auch immer schon.

Das Schlimmste an dem Album ist ja auch eigentlich nicht die Musik, sondern die Texte.

Hamburger Christen?

In „Du hast die Welt in deiner Hand“ verwenden die Sterne die Gospel-Melodie „He's got the whole world in his hands“, was in diesem Fall aber auch ganz wunderbar zum Text passt. Es spricht wirklich nichts dagegen, das Lied im nächsten Lagerfeuer-Liederbuch der Katholischen Jungen Gemeinde aufzunehmen, auch wenn es laut Virgin und Frank Spilker dabei eigentlich um Globalisierungskritik geht. Aber schließlich sind ja auch die mittlerweile gegen Globalisierung. Jedenfalls sollte es doch ausreichen, wenn Xavier Naidoo über „Seine Straßen“ singt, „Du bist der Anfang und du bist das Ende, Du nimmst die Welt in deine Hände“ muss doch nicht auch noch sein... „Wir verstehen so manches nicht, nicht nur was Religion betrifft“

Ohne hier Verschwörungstheorien verbreiten zu wollen: Betrachtet man das Album einmal unter dem christlichen Aspekt, so ist es möglich, in fast jeden Lied Anspielungen zu finden. Vielleicht wollen die Sterne ja auch bald zum Grand Prix antreten oder sich dem Trend der christlichen Bands anschließen.

Bei dem Rest handelt es sich im Großen und Ganzen um Liebeslieder, alles in allem also ganz teenietauglich, Feuerzeuge schwenken auf Konzerten nicht ausgeschlossen. Frank Spilker hingegen behauptet, dass er das Thema Liebesbeziehungen nur in drei Liedern bewusst behandelt habe. Dann liegt es wohl an den lyrischen Texten, dass das auch dem der Spex-RezensentIn entgangen ist...

Vielleicht wollen die Sterne weg aus



(der)

Hamburg(er Schule), St. Pauli fällt ihnen nämlich auch auf den Geist, so tun sie es mit Lied Nr. 4 kund. Mir hingegen fällt nur auf den Geist, dass St. Pauli abgestiegen ist. Dann sollen sie doch gehen...

Maria Winter

Die Sterne: Irres Licht Virgin 2002



:bsztermine

Mittwoch, 8. Mai

Dokumentation zum Jahrestag der Kapitulation Deutschlands

Zum Jahrestag der Kapitulation Deutschlands zeigen wir eine Dokumentation zu den Ereignissen und feiern (nachträglich) Hitlers Todestag mit einer leckeren „follow your leader“-Torte 18 Uhr, Heinz- Westphal- Haus (Dorstener Str.262), Herne- Wanne

Vorbereitungstreffen

für die bundesweite Demonstration gegen das Ausländerzentralregister (25.5. in Köln). Es referieren die AnwältInnen Detlef Hartmann und Anni Pies 19.30 Uhr, Bhf. Langendreer, Bochum

Donnerstag, 9. Mai

Stadtrundfahrt zu vergessenen Orten der Bochumer NS- Geschichte

14.00 Uhr, Treffpunkt: Parkplatz der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie (Wittener Str. 61), Bochum

Freitag, 10. Mai

Vernissage

der Ausstellung „Yari Ostovany“ (bis 31.5.); mit einer Einführung von Dr. Christoph Kiveltz (u.a. zu den persischen und westlichen Einflüssen in Ostovany's Arbeiten) 20.00 Uhr, Bochumer Kulturrat (Lothringer Str. 36c), Bochum

Samstag, 11. Mai

„Moderne Zeiten“, frei nach „Don Quixote“ von Cervantes

mit Rudi Rhode, BASTA-Theater, Wuppertal 20.00 Uhr, Bochumer Kulturrat (Lothringer Str. 36c), Bochum

Montag, 13. Mai

VCD Kreisverband Bochum und Gelsenkirchen

19.30 Uhr, Umweltzentrum (Alsenstraße 27), Bochum

Antifa-Plenum

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer (Raum 6), Bochum

Antisemitischer Vernichtungswahn und deutsche Ideologie

Die Selbstmordattentate vom 11. September unter dem Gesichtspunkt von Auschwitz mit: Gerhard Scheit (Kulturwissenschaftler, Wien) 20 Uhr, Zeche Carl, Essen

Dienstag, 14. Mai

Linkes Netzwerk Bochum

19.45 Uhr, Bhf. Langendreer (Raum 6), Bochum

Politischer Dienstag an der RUB: Plakate zur Wiederverneuerung des Lebens.

Diskussion zur Eröffnung der Ausstellung „Wir haben mehr vom Leben als von der Arbeit“ 20.00 Uhr, Kulturcafé der Ruhr-Uni, Bochum

Die Meister der Krise

Über den Zusammenhang von Vernichtung und Volkswohlstand. Buchvorstellung mit Gerhard Scheit 19.00 Uhr, Linkes Zentrum „Hinterhof“, Corneliusstr. 108, Düsseldorf

Mittwoch, 15. Mai

Friedensplenum

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer (Raum 6), Bochum

Globalisierung und die Zukunft des Ruhrgebiets

mit Dr. Hermann Börner, Uni Dortmund (Raumplanung/Politische Ökonomie) 19.30 Uhr, Bhf. Langendreer (Raum 6), Bochum



Der Kampf gegen Rasterfahndung geht weiter Grundrechtsabbau stoppen!

Gepriesen als effiziente Methode zum Aufspüren sogenannter Schläfer, erlebte die Rasterfahndung ihr Comeback im Kampf gegen den „Terrorismus“. Den aktuellen Rasterfahndungen liegt ein vom BKA erarbeitetes „Täterprofil“ zu Grunde, das Merkmale wie islamische Religionszugehörigkeit, Student bzw. ehemaliger Student, keine kriminalpolizeilichen Erkenntnisse und finanziell autark umfasst.

Öffentliche und private Einrichtungen, unter anderem Hochschulen und Meldebehörden, wurden verpflichtet, ihre dem Suchraster entsprechenden Datenbestände an die Polizeibehörden weiterzuleiten. Durch den Abgleich der so gewonnenen Daten werden dann die Personen herausgefiltert, die dem zuvor erstellten „Täterprofil“ zugeordnet werden können. Betroffen von den Rasterfahndungen bundesweit sind in erster Linie ausländische Studenten vornehmlich aus dem Nahen Osten und Nordafrika. Ausländer werden somit aufgrund ihrer Herkunft und Religionszugehörigkeit unter den Generalverdacht des „Terrorismus“ gestellt, dadurch werden rassistische Ressentiments geschürt. Das Prinzip der Rasterfahndungen besteht in der Umkehrung der rechtsstaatlichen Unschuldsvermutung: Jeder, dessen Daten in die Rasterung einbezogen werden, gilt erst einmal als grundsätzlich verdächtig. Er mag sich noch so rechtstreu verhalten haben, falls zufällig mehrere der Suchkriterien erfüllt werden, muss er mit möglicherweise unangenehmen und stigmatisierenden Maßnahmen der Polizei wie z. B. einer Hausdurchsuchung rechnen. Dies verdeutlicht die Situation in Hamburg, wo zahlreiche Studenten in Folge der Rasterfahndungen polizeilich vorgeladen und vernommen werden, obwohl gegen sie nichts vorliegt.

Klagen und Urteile in den Bundesländern

Bundesweit haben betroffene Studenten Beschwerde gegen die Anordnungen zur Rasterfahndungen eingelegt, da durch die Datenübermittlung ihr Recht auf informationelle Selbstbestimmung ver-Anzeige

letzt werde. Dieses Grundrecht wurde vom Bundesverfassungsgericht 1983 im sogenannten Volkszählungsurteil als Ausdruck des allgemeinen Persönlichkeitsrecht entwickelt. Den BürgerInnen müsse bekannt sein, „wer was wann und bei welcher Gelegenheit über ihn weiß“, damit die Handlungsfreiheit nicht eingeschränkt werde. Der intransparente Verfahrensablauf der Rasterfahndung stellt an sich schon eine Einschränkung des Grundrechts dar, da die Datenverarbeitung ohne Wissen der Betroffenen eine Selbstbestimmung über die eigenen Daten abschließt. Im Februar 2002 gab das Landgericht (LG) Wiesbaden dem beschwerdeführenden Studenten Recht. Das LG Wiesbaden sieht die Voraussetzungen für eine Rasterfahndung als nicht gegeben an und beurteilt die durch den Datenabgleich verursachten Grundrechtsverletzungen als unverhältnismäßig. Alle Daten müssen demnach in Hessen umgehend gelöscht werden. Ähnlich argumentierte auch das LG Berlin und untersagte die Rasterfahndung in Berlin. Mittlerweile hat das Kammergericht allerdings die fortschrittliche Rechtsprechung des Landgerichts wieder aufgehoben. Damit hat sich das Kammergericht Berlin den Gerichten in Rheinland-Pfalz, Bremen und Hamburg angeschlossen, die bislang zugunsten der grundrechtsverletzenden Massenermittlungen entschieden haben. Die betroffenen Studenten werden sich dort weiterhin mit juristischen Mitteln zur Wehr setzen.

In Niedersachsen hingegen, wo es am 11.4.02 zu einer Entscheidung vor dem Verwaltungsgericht Hannover kam, ist die Datenübermittlung vorerst gestoppt worden. Auch in Nordrhein-Westfalen konnten die beschwerdeführenden Studenten im Februar 2002 einen Teilsieg erringen: Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat die Rechtswidrigkeit der Rasterfahndung an fünf Millionen Menschen in seinem Beschluss festgestellt (in NRW wurden die Daten aller männlichen Studenten überprüft). Die Rasterfahndung gegen Menschen islamischer Religionszugehörigkeit oder aus „verdächtig geltenden Staaten“ sei allerdings zulässig. Folgt man der Auslegung des Gerichts, haben Grundrechte und das grundlegende rechtsstaatliche Prinzip der Unschuldsvermutung nur für Menschen mit deutschem Pass Geltung. Dieses Urteil verdeutlicht einmal mehr die mit der Rasterfahndung einhergehende rassistische Diskriminierung.

Selbst wenn einige der Bundesländer ihre Datenberge löschen müssen, steht zu befürchten, dass diese Daten weiter durch Fahndungs-

computer geistern. Nach den Terroranschlägen in den USA wurde beim Bundeskriminalamt (BKA) eine „Verbunddatei Schläfer“ eingerichtet, in die sämtliche Länder Informationen speisen. Darüber hinaus erhebt das BKA im Zuge der Rasterfahndung aktuell selbst Daten, unter anderem von Firmen. Es fehlt jedoch jegliche gesetzliche Bestimmung für eine eigene Rasterfahndung des BKA im präventivpolizeilichen Bereich. Mehrere Studierendenvertretungen haben nun Anfragen an Stadtwerke, Krankenkassen, Energieversorger und andere Einrichtungen gestellt, ob personenbezogene Daten an das BKA herausgegeben wurden.

Verschärfung der Gesetze

Darüber hinaus zeichnen sich im Bereich der Rasterfahndung (erste) Gesetzesverschärfungen ab: Wegen der gerichtlichen Niederlage in Hessen, plant der hessische Innenminister das Urteil mit Gesetzesnovellierungen zu unterlaufen. Für künftige Rasterfahndungen solle zum einen der Richtervorbehalt weggelassen, so dass – wie in Niedersachsen und Bremen – die Maßnahme ohne richterliche Vorkontrolle direkt von der Behördenleitung angeordnet werden kann. Darüber hinaus soll künftig die Rasterfahndung nicht erst bei einer konkreten Gefahr erlaubt sein, sondern schon zur Verhütung möglicher Straftaten von erheblicher Bedeutung. Da zeigt sich einmal mehr das Rechtsstaatsverständnis der SicherheitsfanatikerInnen: Wenn die Gerichtsurteile für die Einhaltung der Grundrechte (die ja Abwehrrechte gegenüber dem Staat sind) bei der staatlichen Überwachung im Weg sind, werden kurzerhand die Gesetze geändert.

Auch auf europäischer Ebene sind Verschärfungen zu befürchten: Hochrangige deutsche Beamte haben jüngst im Rat der Europäischen Union vorgeführt, ob die Rasterfahndung auf ganz Europa ausgedehnt werden könnte. Die aktuelle Entwicklung macht mehr als deutlich, dass es höchste Zeit wird, sich dem schleichen Grundrechteabbau in Hochschule und Gesellschaft entschieden entgegen zu stellen. Der bundesweite studentische Dachverband *freier Zusammenschluß von studentInnenschaften (fzs)* appelliert an alle Studierendenvertretungen, betroffene Studenten zu Klagen gegen die Rasterfahndung aufzufordern und nach Kräften zu unterstützen, insbesondere in den Bundesländern, in denen es zur Zeit noch keine Beschwerden gegen die Rasterfahndung gibt.

Carmen Ludwig (fzs-Vorstand)

:bszkonsumterror Knorr Suppenliebe Activ Suppen

Tütensuppen in gesund, na, wenn das nicht innovativ ist! Mit Wasser zu mischende Instant-Lebensmittel erfreuen bzw. beleidigen ja nunmehr schon seit vielen Jahre unsere Geschmacksnerven und werden als tolle Idee zumindest präsentiert. Wir erinnern uns an den netten kleinen Jingle der Konkurrenz: „Die Fünf Minuten-Terrine, von Maggi, ...“, der schon seit den Achtzigern aus den Fernsehern schallt? Scheint vertrauter als die Löwenzahn-Titelmelodie, nicht wahr? So funktioniert das eben mit dem Konsumterror.

Aber, subjektive Kapitalismuskritik beiseite, die neuen Knorr Suppenliebe Activ Suppen-ErfinderInnen selbst scheinen mit Elan, Ironie und Subversion an ihr Produktmarketing heran gegangen zu sein. Diese Strategie ist teils sehr subtil, teils offensichtlich, und nie kann man genau wissen, was sie ausdrücken oder auch hinterfragen wollen. Von seltsamer Faszination erfüllt starrt man gebannt auf das Produkt und kann auch bei Nutzung aller verfügbaren Gehirnkapazitäten nicht den vollen Gehalt dieser kleinen Packung erfassen. Gemeint ist hier natürlich nicht nur die umfangreiche Anzahl der E-Nummern, die nicht nur für ErnährungswissenschaftlerInnen Ungutes zu verheißen scheinen. Nein, man betrachte allein den Namen. Wir alle kennen ja vielleicht Suppenliebe Suppen, drei bis vier Teller Brühe mit Nudeln drin, die den Preis nicht ganz zu rechtfertigen scheinen. (Hier ein kleiner Einschub für die zukünftigen Marketing-Stars unter den LeserInnen: Die Gleichung „Teuer=Gut“ funktioniert besonders gut, wenn man den Inhalt halbiert und den Preis verdoppelt, denn wer würde sich da noch trauen zu zweifeln?). Nun, wer Suppen also liebt, sollte wissen, was sie oder er zu kaufen hat, nomen est omen. Das heißt natürlich soviel wie „Der Name ist Programm“, denn wer möchte nach der Pisa-Studie schon noch lateinische Zitate bringen ohne Übersetzung. Aha, denkt jetzt die aufmerksame LeserInnenschaft (möglicherweise), könnte sich auch hier wieder die Subversion der Knorr-Menschen offenbaren? RICHTIG! Denn in einer Werbeindustrie, in der es schon lange Brauch ist, englische oder pseudo-internationale Produktamen zu nutzen, dachten die KnorrianerInnen: Wir nicht! Sie krümelten ein paar Vitaminpillen in ihre Bouillon-Maschinen und nannten das „activ“. „Activ“, nun, ist kein Wort, das sich ohne weiteres einer bestimmten Sprache zuordnen lässt, zumindest weder der englischen noch der deutschen oder der französischen, d.h. den möglicherweise relevanteren im wahrscheinlichen Vertriebsbereich. Was nur ist beabsichtigt, eine ironische Antwort auf englische Produktamen, der Versuch, Leute zum Sprachenlernen zu bewegen (vielleicht gibt's das ja auf Polnisch oder Tschechisch), oder womöglich gar das Vortreiben der Verdummung von Fernsehschenden?

Die Ironie stoppt nicht beim Namen, auch der Inhalt selbst ist nicht davor gefeit. So heißt es auf der Packung: „Mit KNORR Suppenliebe Activ leisten Sie einen wertvollen Beitrag zu einer zeitgemäßen und ausgewogenen Ernährung. Denn ein Teller KNORR Suppenliebe Activ deckt 30% der empfohlenen Tagesdosis an 6 lebenswichtigen Vitaminen. KNORR Suppenliebe Activ – Genießen und Wohlfühlen. Die Gartengemüsesuppe mit Nudeln (z.B.) enthält wertvolle Ballaststoffe, ist cholesterinfrei und fettarm, ist reich an Gemüse und ist bestens geeignet für alle, die sich fleischlos ernähren wollen.“ Tütensuppen nicht nur gesund, sondern auch noch empfehlenswert für diejenigen, die sich sonst regelmäßig Predigten über Eisen, Eiweiß und das Gelbe vom Ei anhören müssen, für die VegetarierInnen und VeganerInnen? Wer könnte bei diesen Beweisen noch an der Ironie der Werbestrategie zweifeln ...

:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Rolf van Raden, Thilo Machotta, René Voss
Redaktion dieser Ausgabe: Thomas Friedrichsmeier (tf), Martin Krämer (mk1), Gerd Krauss (geka), Tanja Tästensen (tas), Charlotte Ullrich (cu), Claus Witte (wc)
V.i.S.d.P.: Jan Schedler (Anschrift siehe unten)
Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900
E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de
WWW: http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz

– Mensa-Plan für die Woche vom 8. bis 14. Mai –				
Unser Standard	Die Alternative	Die „Grüne“ Küche	„West-side“	„East-side“
MITTWOCH, 8.5.				
Milchreis mit Zimt und Blaubeerpfannkuchen	Geflügelschnitzel, paniert mit Tomaten und Käse überbacken, dazu eine Geflügelsauce und Pommes frites	Blumenkohl-Käsemedaillon mit einer Schnittlauchsauce, dazu Vollkornnudeln und ein Sommergemüse	(S) Schweinefleisch-Spieß mit einer bunten Paprikasauce, dazu Pommes frites und ein Gurkensalat	Geflügelschnitzel, gebraten mit Rahmsauce, dazu Petersilienkartoffeln und ein Blumenkohlgemüse
DONNERSTAG, 9.5.				
Feiertag !	Feiertag !	Feiertag !	Feiertag !	Feiertag !
Freitag, 10.5.				
(S) Frikadelle mit einer Brotsauce, dazu Petersilienkartoffeln und Blumenkohl	Seelachsfilet in Knuspermantel mit Remouladensauce, Kartoffelsalat und ein Salat	Gemüsefrikadelle mit einer Käsesauce, dazu Vollkornreis und ein Balkangemüse	Geschneitzte Geflügelfleischstreifen in Champignonrahmsauce, Reis-Risotto, Möhrengemüse	Forelle „blau“ gedünstete Forelle, Buttersauce, Petersilienkartoffeln und Blattsalat-Beilage
MONTAG, 13.5.				
Hähnchenfilet-Geschnetzeltes mit einer Geflügelsauce, Bratkartoffeln und Salat	(S) Schweinefleisch-Nuggets mit einer Schaschlikasauce, Maccaroni und Salat	Bami-Medaillon mit einer Asiasauce, dazu Vollkornmandelreis und ein Asiangemüse	SONDERWOCHE „ASIA“ Hühnerfleischstreifen „sweet and sour“, Siam-Patna-Reis, Erbsengemüse	(S) Schweineschnitzel, gebraten mit Champignon-Rahmsauce, dazu Pommes frites und eine Salat-Beilage
Dienstag, 14.5.				
Hähnchenbrust im Kartoffelmantel, Paprikarahmsauce, dazu Reis und Pariser Karotten-Gemüse	(S) Schweinegulasch in einer Pfefferrahmsauce, dazu Spätzle und ein Rosenkohlgemüse	Marinierte Tofuschnitte mit Blattspinat und Käse, Kräutersauce, Bratkartoffeln und ein bunter Rohkost-Mix	Nasi-Goreng: Indonesische Reistafel mit Geflügelfleisch und Krautsalat	(S) Broccoli-Schinken-Nudelauflauf mit einer Käsesauce, dazu eine Salat-Beilage

besondere:zeiten

sporadisch erscheinende Beilage zur Bochumer Stadt- & Studierenden Zeitung
8. Mai 2002 • Nr. 553

Interview



Dass „Nie wieder Auschwitz“ auch ein Nichtdulden antisemitischer Ausfälle in Deutschland bedeutet, meint ein prominenter Ex-Grüner

Seite 2

Tellerrand



Über die Reaktionen auf die neuen Eskalation in den australischen und japanischen Medien berichten wir auf

Seite 3

Such den Nazi



Nicht nur in Deutschland glauben einige Menschen noch oder schon wieder, dass die Juden die eigentlichen Nazis sind und waren

Seite 4



<http://www.bo-alternativ.de>



Antisemitismus und sein Feindbild Israel „Haltet den Dieb“

Der Antisemitismus ist das Gerücht über die Juden“, schrieb Theodor W. Adorno. Wenn überhaupt der Begriff sich bündig fassen lässt, ist dieser läppische und scheinbar unangemessene Vergleich gar nicht so abwegig: Ein Gerücht existiert nicht als private Schrulle, sondern setzt sozialen Verkehr voraus, Übereinkunft in einer Sache, die denen, die sie weitergeben, selbst nicht geheimer vorkommt, aber daher unter anderem ihren Reiz als verschrobenes Offenbarungswissen bezieht; eher will das Gerücht geglaubt werden, als dass es selbst dazu Anlass gäbe; seine Herkunft liegt im Dunkeln, und sein Verhältnis zur Wahrheit ist mythologischer Natur, entscheidend nicht, dass es mit der Wirklichkeit übereinstimmt, sondern ein Bedürfnis nach Welterklärung befriedigt. Aus gegebenem Anlass einige Bemerkungen über Antisemitismus und sein zurzeit bevorzugtes Hassobjekt: Israel.

Zunächst gilt: Wer über Antisemitismus redet, muss über Deutschland reden. Bereits 1939 mahnte Max Horkheimer: „Ohne Begriff von

dem, was in Deutschland geschehen ist, bleibt das Reden über den Antisemitismus in Siam oder in Afrika bedeutungslos.“ Nach Auschwitz kann niemand mehr irgendwo in der Welt sich ein harmloses Bild vom Antisemitismus machen, das nicht zugleich eines der Vernichtung wäre. Spätestens die mörderische Konsequenz des Antisemitismus hat mit einer Feindschaft gegen das Judentum und seine Kultur nur noch am Rande zu tun. Nicht weil, einem beliebten rassenkundigen Hinweis zufolge, ja auch die Araber „Semiten“ seien, sondern weil antisemitisches Denken nicht ursächlich am Erscheinungsbild der Opfer hängt; das bezeugen auf erschreckende Weise die Bemühungen der nationalsozialistischen Administration um verlässliche Kriterien, wer denn nun Jude sei und wer nicht. Wer das Unbegreifliche, das der Massenmord an den europäischen Juden dem Bewusstsein entgegensetzt, begreifen will, muss nach den Motivationen der Täter, nicht nach den Opfern schauen, denen dadurch womöglich noch eine Schuld unterschoben wird, die, wie verschwommen auch immer, zur Tat Anlass gegeben haben könnte. Der Antisemitismus – soviel ist gewiss – sagt mehr über die Gesellschaft, die so denkende Subjekte hervorbringt, als über das Objekt, das damit getroffen wird.

antisemitische Projektionen

Klar ist zumal, dass man mit den gängigen Schlagworten vom Mas-

senbetrug oder der Ablenkung der Menschen von ihren sonstigen Interessen nicht weit kommt. Wer einen Blick auf die antisemitische Propaganda der Nazis wirft, voran die einschlägigen Hakennasen-Karikaturen und die Beschworung einer jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung, stellt vor allem eines fest: dass es ganz offensichtlich nichts mit Vorgängen und Personen aus der Wirklichkeit zu tun hat. Dennoch, und gerade deshalb, war der Antisemitismus in der Gesellschaft emotional tief verankert. Will man die Masse der Menschen nicht als dauerhaft betrunken oder in Psychose versunken, sondern als entscheidungsfähige Menschen mit Willen und Bewusstsein vorstellen, muss man auch ihr antisemitisches Ressentiment beim Wort nehmen. Horkheimer und Adorno als erste haben die Einsicht ausgesprochen, dass der Antisemitismus weder bloß als spontaner Judenhass noch als inszenierter Priestertrug aufgefasst werden kann, sondern sich in ihm die Gesellschaft gleichsam negativ zusammenzieht, der Antisemitismus als in diesem Sinn notwendiges ideologisches Zerbild der bürgerlichen Gesellschaft verstanden werden muss: „Darum schreit

man: Haltet den Dieb! und zeigt auf den Juden. Er ist in der Tat der Sündenbock, nicht bloß für einzelne Manöver und Machinationen, sondern in dem umfassenden Sinn, dass ihm das ökonomische Unrecht der ganzen Klasse aufgebürdet wird.“ Bekannt ist seitdem, dass anders als der Rassismus, der von der Minderwertigkeit der vermeintlich Andersartigen überzeugt ist, der Antisemitismus sein Objekt als übermächtiges und deshalb besonders verschlagenes konstruiert. Dem Juden wird all das zugeschrieben, was die bürgerliche Gesellschaft aus sich selbst an Bedrohungen für die Menschen bereithält: Ausbeutung und „Raffgier“ ebenso wie Zerstörung (oder „Zersetzung“) traditioneller Lebensformen. Zugleich repräsentiert der Jude die unterdrückten Sehnsüchte seiner Verfolger, die sie ihm andichten, um sie als nach außen verdrängte umso rigoroser unterdrücken zu können: Müßiggang, sexuelle Libertinage, Kosmopolitismus. Antisemitisches Denken findet sich mithin auch dort, wo vom Juden ausdrücklich gar nicht die Rede ist, aber die Emotionen in gleicher Weise gegen Geist und Geld, die jener im antisemitischen Weltbild

... Fortsetzung auf Seite 2



Editorial

Metastasen deutscher Geschichte

Nicht erst seit dem Ausruf der zweiten Intifada im September 2000, seit dem aber verstärkt und massiver, ist der sogenannte Nahostkonflikt zwischen Israel und den PalästinenserInnen ein beherrschendes Thema in den Medien.

Vor allem bedingt durch eine Welle von terroristischen Selbstmordattentaten hat dieser Konflikt ein bisher nicht bekanntes Ausmaß an Gewalt angenommen, das auch in Deutschland das politische Klima beeinflusst, denn untrennbar ist die Entstehung Israels mit den deutschen Verbrechen verknüpft. Im öffentlichen Diskurs in Deutschland hat sich ein Paradigmenwechsel vollzogen; bezogen auf die Einstellung zu Israel und gleichfalls untrennbar damit verknüpft, der deutschen Vergangenheit. Aus diesem Grund hat sich die Redaktion der bsz dazu entschlossen, in ihrer heutigen Aus-

gabe eine Beilage zum Thema des Nahostkonfliktes zu produzieren.

Die Gründung des Staates Israel war vor allem eine Konsequenz des II. Weltkrieges und der Vernichtung der europäischen Juden durch die Nazis. Seit seiner Entstehung ist der Staat Israel nicht von den ihn umgebenden Staaten anerkannt und in seiner Existenz bedroht.

Nicht nur weil es Deutsche waren, die europäischen Jüdinnen und Juden quälten, erniedrigten und ermordeten, ist es unserer Meinung nach angezeigt, die Existenz Israels vorbehaltlos anzuerkennen. Schließlich haben weder die Weimarer Republik als demokratischer Rechtsstaat noch die antifaschistische Linke die Vernichtung verhindern können – noch können heute der demokratische Rechtsstaat BRD oder die antifaschistische Linke den JüdInnen in Deutschland glaubwürdig versprechen, dass es eines Zufluchtsortes für sie nicht bedürfe. Dieser Zufluchtsort hat einmal zu oft gefehlt und

sollte weder von VerfechterInnen des demokratischen Rechtsstaats noch von dessen linken KritikerInnen in Frage gestellt werden.

Doch allein schon die Notwendigkeit, die Existenzberechtigung dieses Refugiums immer wieder betonen zu müssen, zeigt, dass diese Erkenntnis nicht Allgemeingut ist.

Natürlich haben auch alle Menschen, die in den palästinensischen Gebieten leben, ein Recht auf Frieden. Aber dies entschuldigt weder Selbstmordattentate in Israel noch Überfälle auf Jüdinnen und Juden ausserhalb des Landes. Das Umschlagen von Protest in pogromartige Gewalt, ist auch Resultat eines virulenten Antisemitismus in Kreisen der islamischen Gesellschaften, den umfassend zu untersuchen eine kleine deutsche Studienzettelung aber überfordern dürfte.

Der Schwerpunkt unserer Betrachtung soll auf der Rezeption des Konfliktes in Deutschland liegen. Eine besondere Rolle spielt dabei natürlich die der-

zeitige Bundesregierung. Mit der Erklärung des Bundeskanzlers, er würde über eine Entsendung von deutschen Soldaten nach Israel zumindest nachdenken, geht es nicht um eine Deeskalierung der Situation. Vielmehr soll diese den letzten Schritt in Richtung einer „Normalisierung“ der deutschen Verhältnisse führen, eine „Normalisierung“, die nichts anderes bedeutet, als die Entsorgung der Geschichte, auf dass die Erinnerung an die deutsche Vergangenheit, endlich nicht mehr als Lehre herangezogen werden möge.

In diesem Sinne verstehen wir diese Beilage als einen Versuch, entgegen den derzeitigen Diskussionen in Deutschland Konsequenzen aus der Vergangenheit einzufordern. Ereignisse, nach denen nicht mehr so ist wie zuvor, sind zur Zeit wohlfeil. Aber nur ein Ereignis davon kann als singuläres Menschheitsverbrechen nachhaltig wirksam sein.

Thomas Ebermann über die Unmöglichkeit, in Deutschland gegen Israel zu demonstrieren

Eindrücke zweier Demos

Thomas Ebermann, in den achtziger Jahren grüner Bundestagsabgeordneter, arbeitet seit seinem Parteiaustritt als Buchautor und Publizist. Im Auftrag der Redaktion beobachtete er am 13. und 14. April in Berlin zuerst eine propalästinensische, dann eine proisraelische Demonstration.

Was waren deine Eindrücke?

An der Demonstration „Freiheit für Palästina!“ beteiligten sich 15.000 Menschen, etwa ein Zehntel mit deutschem Paß. Auf Transparenten las ich: „Stoppt den israelischen Holocaust in Palästina!“, „Verhindert ein Auschwitz in Palästina!“, „Juden sind die neuen Nazis.“ Sehr demonstrativ anwesend war die Hisbollah, zahlreiche Bilder ihres Führers wurden hochgehalten. Auch Hamas war gut sichtbar. Gerufen wurde manchmal: „Wir wollen keine Judenschweine!“ oder „Israel – Kindermörder“. Etlichen Kindern, von stolzen Vätern getragen, waren Sprengstoffattrappen um den Bauch gebunden. Fahnen der UCK wurden präsentiert.

Um all das hat es keine Auseinandersetzung gegeben?

Kein Redner wandte sich dagegen. Keine Gruppe hat deswegen den Eklat gesucht. Es geht mir nicht um die Behauptung, alle wären so drauf gewesen. Es geht mir darum festzustellen, was stillschweigender Konsens war. Erstens: Die Befürworter der Selbstmordattentate sind legitime Repräsentanten der Demopluralität (übrigens ist der Hinweis, man sei Gegner dieser Attentate, weil sie die israelische Gesellschaft an Sharon binden, das Gegenteil von einer prinzipiellen Ablehnung). Zweitens: Es gibt kein erwähnenswertes jüdisches Leid, höchstens ein verdientes. Drittens: Man muß nicht, um willkommener Mitdemonstrant zu sein, für eine Zweistaatenlösung eintreten. Es mag sein, daß eine Mehrheit der Demonstranten dieser Lösung anhängt, aber das wage ich nicht zu beurteilen. Denn wer sie und zugleich das Rückkehrrecht aller palästinensischen „Vertriebenen“ postuliert, billigt ja den Staat Israel

mit jüdischer Mehrheit faktisch nicht, wodurch es keinen Fluchtpunkt für antisemitische Bedrängte mehr gäbe.

Die andere Demonstration war mit 1.500 Teilnehmern erheblich kleiner.

Die Demonstration gegen Antisemitismus und Antizionismus und für Solidarität mit Israel, initiiert von nicht-jüdischen Linken, richtete sich gegen die bedrohliche Verschiebung im Stimmungsbild der deutschen Öffentlichkeit, das mit den Zitaten von Möllemann, Blüm oder dem grünen Landtagsabgeordneten Karli kenntlich wird. Oder in den europäischen Israel-Sanktionsdebatten. Oder in Schröders Ankündigung, deutsche Soldaten in diese Region zu entsenden.

Deutsche Fernsehjournalisten, gestählt im akzeptierten Gehorsam, die nicht filmen wollen und dürfen, wo oder wie amerikanische und deutsche Soldaten in Jugoslawien oder Afghanistan ihrem Handwerk nachgehen, zeigen sich empört, wenn ein israelischer Militärposten ihnen den Zutritt dorthin verweigert, wo sie jüdische Verletzungen der Genfer Konvention ablichten wollen. Das ist die Tendenz, auch wenn es Gegenläufiges gibt.

Der stille Konsens dieser Demonstration, bei der ich mich dennoch nicht als Beobachter, sondern als Demonstrant gefühlt habe, war folgender: Kein – oder höchstens ein angedeutetes – Wort des Mitleids für die palästinensischen Opfer, keine explizite Kritik der israelischen Regierung. Die Redner haben ihre Distanz zu Sharons Politik durchblicken lassen, mehr nicht. Es konnten also jene demonstrieren, die hier in Deutschland geschworene Anhänger Sharons sind und vor linken oder friedensbewegten Israelis warnen, weil diese, würden sie wirkungsmächtig, ihren und den Untergang des Staates Israel bewirkten. Und es konnten jene demonstrieren, die auf die Kompromisse, die zu zwei Staaten führen könnten, hoffen.

Die Position der Soldaten, die den Einsatz in den besetzten Gebieten verweigern, konnte nicht vorkommen. Die reaktionäre Partei bibeltreuer Christen (PBC) stieß unter den Demonstranten nicht spürbar auf Ablehnung.

Und dennoch hast du dich als Demonstrant und nicht nur als Beobachter gefühlt?

Ja. Weil ich meine, daß man in Deutschland nicht

gegen Israel und auch nicht gegen die je konkrete Regierungspolitik in Israel demonstrieren kann. Demonstrationen haben ja Botschaften, die aufs Transparent passen müssen. Jede dieser Demonstrationen würde, auch wenn das die Veranstalter nicht beabsichtigen, der in Deutschland überaus beliebten These, daß die Welt schlecht und die Juden kaum besser als die Nazis seien, Zucker geben. Man kann, wenn man kritisch über die Politik Israels diskutieren will, das nur in einer seminaristischen Atmosphäre tun. Ich kann zum Beispiel Moshe Zuckermans Aufsätze der jüngsten Zeit studieren. In ihnen kommt ein Verständnis für palästinensisches Leid, auch für Zorn zum Ausdruck, das ich teile. Und er und seine Weggefährten, so marginal sie in Israel heute sind, verfechten eine Option, die das sicherste Leben für Juden in Israel ermöglichen könnte. Das alles steht turmhoch über deutschen „Linken“, die ihren Gewaltphantasien freien Lauf lassen.

Und mit denen hast du trotzdem gerne demonstriert?

Ja, gegen den wachsenden Antisemitismus und gegen deutsches Militär im Nahen Osten. Ein Teil von ihnen wird nicht demonstrieren, wenn's zum Beispiel, auch mit deutschem Militär, gegen den Irak geht. Ein Teil der sich links Nennenden hat noch keine Zeile der Kritik der deutschen Militärmission in Afghanistan, Kuwait und anderswo verfaßt. Vielleicht verbindet mich mit diesen neuesten Anhängern der Zivilgesellschaft „nur“ der Kampf gegen den Antisemitismus. Aber dieses „nur“ ist doch schon sehr viel.

Im Bus, mit dem ich zur Palästina demo fuhr, wurden übrigens Flugblätter verteilt, die zur Demonstration gegen den Brechmitteleinsatz in Hamburg aufriefen. Wenn ich irgendwie Zeit habe, gehe ich dahin.

Dieses Interview erschien in der Mai-Ausgabe der Zeitschrift konkret.

... fortgesetzt von Seite 1

Antisemitismus und sein Feindbild Israel

verkörpert, in Stellung gebracht werden. Der Antisemitismus ist, mit einem Wort, die falsche, weil barbarische Kritik der bürgerlichen Gesellschaft, die deren „Auswüchse“, von der Börsenspekulation bis zum Weltkrieg, der geheimnisvoll zerstörerischen Kraft des Judentums zuschreibt, das unfassbar Abstrakte dadurch konkret und angreifbar macht.

Wenn im Zweifel der Antisemitismus seine Juden erfinden muss, ist es geschichtlich dennoch kein Zufall, dass er ausgerechnet sie zum Hassobjekt hat. Ist auch der Antisemitismus wesentlich Projektion, nicht etwa schlechte Erfahrung, die einer mit den als Juden Identifizierten gemacht hätte und nun seine verallgemeinernden Schlüsse daraus zöge, kann er an Traditionsbestände anknüpfen, die seit dem ausgehenden Mittelalter bereits alles gesellschaftliche Unrecht an der Figur des Juden festmachen. Luthers Zetergeschrei über den „Wucherjeden“ markiert die schrittweise Ablösung des überlieferten christlichen Antijudaismus durch einen spezifisch modernen Antisemitismus, der die Mär vom Gekreuzigten bloß noch als propagandistische Randglosse mitschleppt, tatsächlich aber den Juden als negatives Prinzip der heraufkommenden bürgerlichen Gesellschaft schon dingfest gemacht hat. Aus der profanen Tatsache, dass die Juden bis zu ihrer formalen Anerkennung als Staatsbürger im 18. und 19. Jahrhundert „außerhalb“ der europäischen Gesellschaften gelebt haben, sie weithin in die Zirkulationssphäre eingesperrt blieben, vor allem als Kaufleute und Intellektuelle, hat

der Antisemitismus ein Wahnsystem eigener Art ersponnen, das sich an der gesellschaftlichen Lage der Juden nicht mehr interessieren muss. Deshalb ist es unmöglich, ihn argumentativ zu widerlegen. Wenn heute mehr als zwanzig Prozent der Deutschen bei einer Umfrage angeben, die Juden hätten zu viel Macht und Geld, wird man ihnen schwerlich damit kommen können, dass der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland ein freundlicher Journalist aus dem Münsterland ist.

Antisemitismus als Alltagsreligion

Es wäre grob verharmlosend, den Antisemitismus als individuellen Bewusstseinsdefekt, als letztlich zufällige Abneigung einiger Menschen gegen andere sich vorzustellen. Ebenso falsch wäre es, ihn auf die nationalsozialistische Volksgemeinschaft zu begrenzen, die zur verbrecherischen Konsequenz getrieben hat, was als Tendenz durchaus schon vorhanden war und noch bis heute fortlebt. Nach allem, was schmerzliche Erfahrung der Geschichte und theoretische Einsicht ins soziale und psychologische Getriebe zu denken zulassen, muss er vielmehr als „Basisideologie“ der bürgerlichen Gesellschaft ernst genommen werden, die stets latent vorhanden ist, auch wo sie nicht bewusst artikuliert wird, und deren jeweilige Manifestation

abhängt von konkreten sozialen Auseinandersetzungen. Damit ist der Antisemitismus zugleich zu einem Prüfstein dafür geworden, ob der Gedanke an menschliche Emanzipation noch einmal einen Sinn bekommt: ob die Gesellschaft, die jenen hartnäckig hervorbringt, sich selbst zur Vernunft bringen kann oder die Menschheit noch einmal, und vielleicht endgültig, in Barbarei versinkt, indem sie weiter unter sich ihre Schuldigen ausmacht und zur Strecke bringt.

Antisemitismus und Israel

Die Zeichen der Zeit stehen hier freilich alles andere als günstig. Über die besondere Gemütslage Deutschlands hinaus, wo der Streit um das Holocaust-Mahnmal und die so genannten Entschädigungszahlungen, vor allem aber die „Nie wieder Auschwitz“-Rhetorik seit dem Jugoslawienkrieg noch einmal deutlich gemacht haben, wie sehr man aus überdauernder Schuldabwehr heraus noch immer die späte Rache fürchtet, hat sich unterdessen Israel als Statthalter des Bösen in der antisemitischen Wahrnehmung etabliert. Kein Land der Erde, sämtliche „Schurkenstaaten“ einbegriffen, ist der Mehrheit der Menschen so suspekt wie Israel. So wie das Staat gewordene Weltjudentum heute mit allen Übeln der Welt in Verbindung gebracht werden kann – selbst die eigene Vernichtung den Juden unablässig als moralische Verpflichtung vorgerechnet wird –, können im äußersten Fall die

Juden aller Kontinente für die Politik des Staates Israel in Sippenhaft genommen werden. Dass es den Aufheulenden und scheinbar um die palästinensische Sache Besorgten nicht sowohl um die israelische Politik als um die Juden geht, zeigen drastisch die jüngsten Angriffe auf jüdische Einrichtungen und Personen in Europa.

Andersherum kümmert die Angst der israelischen Bevölkerung vor täglichem Bombenterror den zuständigen Menschenrechts-Antizionismus nur wenig. Stattdessen hat sich gegenüber dem jüdischen Staat zuletzt eine interessensübergreifende Gemeinschaft formiert, die immer unverfrorener mit der Drohung spielt, dass sie auch anders kann. Nahost-Reporter haben mitunter weniger damit zu tun, über die Lage in Israel und den Palästinenergebieten zu berichten als, bewusst oder nicht, Gerüchte über die Juden zu reproduzieren, vor deren unausgesprochenen Konsequenzen der Staat Israel jene bisweilen noch schützen kann. Wie ein Antisemit stur das ganze Repertoire herunterleiert, erzählen sich die Schauergeschichten engagierter Journalisten über Israel beinahe wie von selbst. Das bislang unbestätigte „Massaker von Jenin“, dessen Bestätigung man aber desto sehnächtiger herbeilügt, gleicht der alten Volkssage vom Ritualmord des Rabbis auf Höhe der Zeit. Anstelle von Realitätsprüfung und vernünftigen Urteil tritt unter der Hand das schillernde Schreckbild vom Juden, dem man es endlich heimzahlen kann, dass er die Deutschen noch immer an Auschwitz erinnert. Zu befürchten steht deshalb, dass umgekehrt demnächst die Bundeswehr die noch lebenden Juden vor Ort an die Deutschen erinnern wird. Der Kanzler, der, wie er eigens betonen muss, das Existenzrecht Israels anerkennt, will das nicht mehr ausschließen.

Christoph Hesse

Ein Blick in die öffentliche Diskussion um den Israel-Palästina-Konflikt in Australien und Japan

Der ferne Osten spielt nicht mit?

Dass die westeuropäische, und übrigens keineswegs nur die deutsche, öffentliche Meinung sich im Verlaufe der "Al-Aqsa-Intifada" langsam, aber deutlich zugunsten Palästinas gewandelt hat, während die US-amerikanische ihre traditionelle pro-israelische Ausrichtung noch verstärkt hat, hat sich auch hierzulande herumgesprochen.

Gewisse BeobachterInnen der US-Presselandschaft versäumen nicht, das Wohlwollen der Presse gegenüber Israel darauf zurückzuführen, dass jüdische AmerikanerInnen in den Medien überproportional vertreten sind, während sich der drei Millionen starke arabischstämmige Anteil der US-Bevölkerung nicht einmal vereinzelt bemerkbar mache. Die Absurdität dieser Behauptung dürfte wohl schon durch einen Verweis auf die Aufmerksamkeits, die Edward Said oder Noam Chomsky genießen, aufgezeigt sein, aber im Grunde als Militärpartner der USA unterschätzten Australien ist ein derart vermuteter "jüdischer Einfluss" so oder so nicht gegeben, so dass ein Blick in die dortige Presselandschaft von Interesse sein mag.

Oberflächlich betrachtet unterscheiden sich die Artikulationen der australischen Printmedien zunächst wenig von denen des US-Mainstreams, in dem z.B. Walter Reich, Professor für Internationale Beziehungen, in der Los Angeles Times vom 25. April 2002 provokativ fordert, die Jenin-Untersuchungskommission solle nicht nur Kriegsverbrechen der israelischen Armee, sondern auch die Rolle der palästinensischen Autonomiebehörde bei den Terroranschlägen untersuchen. In Australien gibt es ähnliche Stimmen. So äußert sich Greg Sheridan in seinem Leitartikel für *The Australian* vom 25. April über die geplante Untersuchung des vermeintlichen Massakers von Jenin ähnlich kritisch wie Reich: "But our knowledge will not be increased by this farcical UN inquiry. The killing this week of alleged Palestinian collaborators with Israel guarantees no Palestinian witness will say anything not pre-scripted by Yasser Arafat's Palestinian Authority." Der Hauptunterschied zu Medienprodukten der USA liegt darin, dass der Konflikt nicht v.a. als ein außenpolitisches Problem der eigenen Regierung dargestellt wird. Sheridan bezieht auch europäische Positionen in seine Überlegungen ein, kommt aber freilich zu dem Schluss: "As usual, US public opinion is closer to reality than Europe's. Despair does not lead to suicide bombers, ideological indoctrination does. [...] The Palestinians are indeed victims – of terrible leaders and Arab geopolitics."

Australien gleich USA?

Die Tendenz, Europa zwar nicht zu ignorieren, sich aber darüber lustig zu machen, teilt auch Janet Albrechtsen, die sich am 24. April, ebenfalls in *The Australian*, über die "Arabien-EU"-Allianz empört. Sie befürwortet grundsätzlich ein militärisches Eingreifen der UN, an welchem teilzunehmen der australische Verteidigungsminister Hall bereits angekündigt hat. Der Tonfall dieser Befürwortung ist allerdings ein deutlich anderer als der, der in Deutschland zu hören ist: "But before that [die australische Beteiligung an einer UN-Friedensmission, hmk] happens, Hall must convince us that our soldiers will not be used to advance UN policies that advocate more terrorism. The latest indications are not good." Gemeint war die Entschließung der UN Commission on Human Rights von vorletzter Woche, die "die Nutzung aller verfügbaren Mittel, einschließlich bewaffnetem Kampf", zur Gründung eines palästinensischen Staates unterstützte. Albrechtsen nimmt die Resolution zum Anlass, einmal mehr Spott über die EU abzulassen, deren Staaten antikritisch den palästinensischen Terror unterstützen: "It [die Resolution, hmk] will be used by Arafat and his sympathizers in the Arab world and among the loopy Euro-socialists to legitimise the Palestinians' chosen form of warfare – suicide bombings."

Ein weiterer Unterschied zu den USA besteht in der stärkeren Diskrepanz zwischen anspruchsvolleren Medien, wie *The Australian* oder *The Canberra Times*, die ausführliche Berichte bringen und

deutliche Pro-Israel-Positionen vertreten, und den breiteren Massenmedien wie dem Fernsehen. Letzteres zeichnet sich stark durch anti-israelischen Sensationsjournalismus aus, der das Thema Nahost immer nur dann in den Vordergrund bringt, wenn eine spektakuläre israelische Militäroperation zu berichten ist. Vor diesem Hintergrund ist verständlich, warum die australischen Tageszeitungen die eigene Haltung pro Israel nicht wie in den USA als selbstverständlich wahrnehmen, sondern als im Weltvergleich eher ungewöhnlich.

Antisemitismus unter der aufgehenden Sonne

Nachdem selbst das sich im Nahost-Konflikt merklich zurückhaltende Russland recht deutlich für einen UN-Einsatz dort ausgesprochen hat, wird dessen Verwirklichung wahrscheinlicher. Ein Land, das, obschon auf außenpolitischer Bühne nicht gerade von Gewicht, dann vielleicht darauf drängen wird, mit dabei zu sein, und dessen Regierung dabei keine skrupulöse öffentliche Diskussion wie in Deutschland fürchten muss, ist Japan. Während sich die Regierung mit Stellungnahmen zum Nahost-Konflikt zurzeit zurückhält, ist die öffentliche Meinung im Lande nahezu einhellig, und zwar anti-israelisch.

Die schlimmsten Auswüchse finden sich in der starken parlamentarischen sozialistischen Linken und ihren Organen. Betroffenheitsberichte von palästinensischen Opfern füllen deren Seiten, und hin und wieder ziehen kleine Anti-Israel-Demos durch die Straßen Tokyos. Die in den letzten Jahren stark an Auflage hinzugewonnene rechtslastige *Sankei Shinbun* steht dem kaum nach und kritisiert abwechselnd die israelische Politik und die angeblich pro-israelische amerikanische Außenpolitik. Entscheidender aber ist wohl, dass auch Mainstream-Medien wie das sich betont neutral gebende staatli-

che Fernsehen in seinen renommierten Nachrichtensendungen extrem einseitig Bericht erstattet. Während sieben Tage anhaltender Terror durch palästinensische SuizidbomberInnen in Israels Städten in den 30-minütigen Abendnachrichten ohne jede Erwähnung bleiben, gerät die anschließende Vergeltungsaktion israelischer Hubschrauber gegen Arafats Hauptquartier mit Sicherheit zur Top-Meldung des Tages.

Selbst Funabashi Yōichi, Kolumnist der für ihre ausgezeichnete Berichterstattung angesehenen linksliberalen *Asahi Shinbun*, dreht die Logik Arafats um, der betont, Verhandlungspartner sein zu wollen, andererseits aber nichts gegen die unabhängigen von Israels faschistischer Politik hervorgerufenen Attentate tun zu können, wenn er z.B. am 11. April dieses Jahres kommentiert: "[D]ie palästinensischen Terroranschläge" rechtfertigen aber keinesfalls die neuen israelischen Militäroperationen. Vielmehr nähert sie die Israel Herangehensweise einer ethnischen Säuberung. Es ist nicht dasselbe, die Geduld gegenüber einem Arafat, der Versprechen nicht hält, nicht halten kann, zu verlieren, und ohne Ansehen PalästinenserInnen zu töten. Wenn die USA und Israel einerseits darauf beharren, Arafat nicht als Partner anzuerkennen, andererseits aber eine Eindämmung des Terrors verlangen, so liegt darin ein Widerspruch."

Zwischen Antimperialismus und Kulturkonservatismus

Wie erklärt sich dieser auf Anhieb nicht gleich einsichtige Befund der Anti-Israel-Stimmung in Japan? Während japanische Regierungen seit Kriegsende und Besatzungszeit dafür bekannt sind, den USA außenpolitisch nahezu blind zu folgen, ist es in weiten Teilen der sich politisch artikulierenden Öffentlichkeit gängig, sich anti-amerikanisch, und in eigentümlichem Kurzschluss anti-israelisch, zu geben. Dies ist bis hin zu Mitgliedern der Regierungsparteien der Fall – so lange sie nicht selbst gerade in Regierungsverantwortung stehen, ab welchem Zeitpunkt sie sich zähneknirschend den Realitäten stellen müssen. Mangels eines starken regionalen Verbundes wie der EU hat die japanische Regierung keine Chance, wie Deutschland ein außenpolitisches Gegengewicht

gegen die USA zu etablieren, und solange subjektiv eine Gefährdung durch die VR China und Nord-Korea wahrgenommen werden, hüten sich politisch Verantwortliche in Japan, allzu deutlich anti-amerikanisch zu agieren. Sowohl auf der Linken (klassischer Anti-Imperialismus) wie auf der Rechten (klassischer Kulturkonservatismus) hingegen ist es eine Selbstverständlichkeit, politisch, kulturell, und außenwirtschaftlich eine Anti-USA-Haltung einzunehmen, wobei Israel unreflektiert mit den USA gleichgesetzt werden, Folge einer erstaunlich häufig offen artikulierten antizurefindenden antisemitischen Projektion des US-Kapitalismus auf "das jüdische Großfinanzkapital." Aus diesem Zusammenhang erklärt sich auch, dass die öffentliche Meinung weit mehr gegen Israel als für Palästina ist – anders als in Europa in der Regel der Fall.

Auffällig in Japan ist außerdem, dass die israelische Seite, sei es in Berichten oder durch Zitate, aber auch visuell, stets nur durch Ariel Sharon vertreten wird. Durchschnittliche KonsumentInnen der Medien haben gar keine Chance, von der Existenz einer israelischen Opposition, oder auch nur anderer Regierungsmitglieder und deren abweichenden Positionen zu erfahren – lieber wird zur Verfügung stehende Sendezeit oder vorhandene Druckfläche zur detaillierten Beschreibung militärischer Operationen genutzt.

Ganz ähnlich einseitig gilt übrigens in den USA Medien die Gleichung Palästina = Arafat. Während die Abwesenheit einer artikulierten Opposition natürlich gerade eines der Unterscheidungsmerkmale zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten ist und daher dieses Vorgehen gerechtfertigt erscheinen mag, muss dennoch kritisch angemerkt werden, dass beim Rezipieren US-amerikanischer Medien leicht der Eindruck entsteht, Arafat selbst sei alleiniger Urheber aller Terroranschläge oder überhaupt aller Probleme in Nahost. So schreibt etwa Don Feder, Kolumnist des *Boston Herald* und der *Washington Times* am 18. April wörtlich: "Getting Mr. Arafat to disavow terrorism is like going to Al Capone after the St. Valentine's Day Massacre and asking him to sign a gun-control petition" und endet seinen Beitrag martialisch mit "The road to peace runs not through Mr. Arafat, but over his prostrate body."

hmk



Israel, Palästina und die deutsche Linke

Analyse ist out – Moral ist in

Um sich Klarheit in der eskalierenden innerdeutschen-innerlinken Diskussion über Israel und Palästina zu verschaffen, gibt es ein einfaches Mittel: Man nehme die Kritik der Pro-Israel-Fraktion an der Entwicklung in Palästina und die Kritik der Pro-Palästina-Fraktion an der Entwicklung in Israel, streiche einige Übertreibungen und schon ergibt sich ein recht zutreffendes Bild über beide Gesellschaften. Wer dann noch in der Lage ist, die Offensichtlichkeit zu erkennen, mit der die jeweils übsten gesellschaftlichen Kräfte auf beiden Seiten sich – zumindest objektiv – systematisch stärken und ihre Macht ausbauen, der hat ein rationales Zugang zur Problematik gewonnen. Genau dies ist aber in der Debatte unerwünscht.

Die ProtagonistInnen der Auseinandersetzung nehmen nämlich Opfer zum Bezugspunkt ihrer Argumentation. Auf der einen Seite sind es die Überlebenden des Holocaust, die in Israel nach Jahrhundertelanger Judenverfolgung einen Zufluchtsort gefunden haben und von einem Geflecht aus unterschiedlichen arabischen Interessen, fanatisierten Massen in Palästina und dem weltweit nach wie vor virulentem Antisemitismus bedroht sind. Auf der anderen Seite sind es die PalästinenserInnen, die seit Jahrzehnten vertrieben und verfolgt werden, keinen

gesicherten Zufluchtsort gefunden haben und von einem völlig überlegenem israelischem Militärregime – mit US-amerikanischen Unterstützung – drangsaliert werden.

Aus der Sicht der Opfer lässt sich dann das Handeln der Partei, mit der sympathisiert wird, rechtfertigen: Israels aggressive Militärpolitik wird zur Notwehr, der palästinensische Terror wird zur Verzweiflungstat von Einzelnen. Analyse ist out – Moral ist in: Solidarität mit den Opfern, aber nur auf einer Seite.

Viele jüngere „anti-deutsche“ AktivistInnen können kaum begreifen, warum ältere Leute, die sie als AntifaschistInnen schätzen gelernt haben, nun plötzlich eine so dezidierte Haltung gegen die israelische Politik einnehmen. Schließlich erleben sie, wie inzwischen Nazis mit Palästinensertuch rumlaufen. Dass die PLO einstmals ein eindeutiges Symbol für linke Politik war, ist für sie kaum nachvollziehbar. Die PLO war aber in der Tat vor 30 Jahren ein sozialistischer Hoffnungsschimmer in einem durch und durch feudalen Arabien. Die Solidarität mit der PLO richtete sich nur zum Teil gegen Israel. Die arabischen Feudalsysteme behandelten die PalästinenserInnen mindestens genau so brutal.

Israel war gleichzeitig einer der wichtigsten Verbündeten der USA im Ost-West-Konflikt. Israel und insbesondere sein Geheimdienst Mossad erledigte zum Teil Geschäfte mit den Militärdiktaturen dieser Welt, die selbst dem CIA zu heikel waren. Bei der Umgehung des von der UN beschlossenen Waffenboykotts gegen das Apartheid-Regime in Südafrika spielte Israel z.B. eine zentrale Rolle. Die Anti-Apartheid-Bewegung in der BRD wusste dies und machte es kaum zum Thema. Sie wollte bewusst keine antisemitischen Tendenzen in unserer Gesellschaft bedienen.

Viele Friedensbewegte reagieren völlig entsetzt darauf, dass Leute, mit denen sie noch

kürzlich gemeinsam demonstrierten, nun die Militärpolitik Israels billigen. Sie vergessen dabei völlig, dass das Existenzrecht Israels nach wie vor von den meisten – hoch gerüsteten – arabischen Staaten nicht akzeptiert wird. Aus der deutschen Geschichte eine uneingeschränkte Bejahung des Existenzrechts Israel zu begründen, sollte für Linke in unserer Gesellschaft genauso selbstverständlich sein, wie eine Wachsamkeit gegenüber dem nach wie vor ausgeprägt vorhandenem Antisemitismus. Menschen, die bei uns seit Jahren die Mär von den verwirrten EinzelgängerInnen bei rechtsradikalen Gewalttaten kritisieren und auf den gesellschaftlichen Zusammenhang verweisen, reproduzieren nun das Bild der verzweiferten EinzelgängerInnen in Palästina, die sich bei Selbstmordattentaten in die Luft jagen. Während sich die gesamte Linke in der BRD endgültig von der RAF distanzierte, als diese unbeteiligte Opfer bei ihren Anschlägen in Kauf nahm, wird für die „Verzweiflungstat“ der PalästinenserInnen häufig Verständnis aufgebracht.

Die Friedensbewegten bei uns, die die israelische Militär- und Siedlungspolitik

kritisieren, haben glaubwürdige Verbündete in Israel: die dortige Friedensbewegung und die dortige Linke. Israel ist eines der militaristischsten Länder überhaupt. Nahezu die gesamte politische Führungselite hat z. B. eine Karriere im Militärapparat hinter sich. Die Bedrohung Israels und die Notwendigkeit der militärischen Verteidigung sind zentrale Elemente in der Sozialisation aller Israelis.

Bei aller Solidarität mit dem Existenzrecht Israels muss aber auch festgestellt werden, dass dies für einen absehbar größeren Zeitraum nicht gefährdet ist. Eine Entwicklung, bei der die USA das Existenzrecht Israels zur Disposition stellen, ist z. Z. einfach nicht vorstellbar.

Die Friedensbewegten bleiben aber unglaublich, wenn sie nicht konstatieren, dass sie in Palästina zur Zeit kaum AnsprechpartnerInnen haben. Eine relevante gesellschaftliche Bewegung, die sich vom Terror auf israelische ZivilistInnen distanziert und glaubwürdig das Existenzrecht Israels akzeptiert, ist nicht in Sicht.

Diejenigen, die ihre uneingeschränkte Solidarität mit Israel erklären, sollten bedenken, wann der Vorwurf des Antisemitismus inflationär und unscharf wird. Vor allem sollten sie in ihrer Argumentation beachten, wo sie Steilvorlagen für die Begründung der rasanten Militarisation unserer Gesellschaft liefern.

Paul Merker



Über Israel, Deutschland und die arabische Welt

David gegen Goliath?

Am 30.03. dieses Jahres startete Israel eine militärische Offensive in den palästinensischen Gebieten. Mitte April fand aus diesem Anlass in Berlin eine große Demo für Solidarität mit Palästina statt, zu der viele deutsch-linke und ausländische Organisationen mobilisiert hatten. Da sah man viel Nationalfolklore, kleine Kinder in Kampfoufits, die glücklicherweise hier leben und somit nicht so leicht Märtyrer werden können, und auf den Plakaten und Transparenten ihrer Eltern sowie ihrer deutschen ‚linken‘ MitdemonstriererInnen deutsche Vergangenheitsbewältigung und deutsche Lieblingsthemen: Israel der Kindermörder, Israel der Nazistaat.

Es gab aber auch eine kleine Demo, die Solidarität mit Israel bekundete und sich v.a. gegen den wachsenden Anti-Israëlismus resp. Antisemitismus wandte. – In deren Sinne:

Israel

soll die Zuflucht für Juden in aller Welt sein und ist seit jeher bedroht. So war es unter britischem Mandat; so blieb es, nachdem unter der Erfahrung des Holocaust und anwachsender arabischer Angriffe 1948 der Staat Israel gegründet wurde. Da und 1967 musste Israel einen Krieg um Selbsterhaltung führen. Seitdem wird Israel von politischen und terroristischen Organisationen sowie von Staaten des arabischen Raumes das Existenzrecht abgesprochen;

seitdem existiert das Problem der arabischen Flüchtlinge im arabischen Umland, v.a. im Gaza-Streifen und in der Westbank. Aus diesen Gebieten werden die überaus zahlreichen Terrorangriffe auf israelische Bürger gestartet.

Im September 2000 wurde von den palästinensischen Behörden die „Al-Aqsa-Intifada“ entfacht, angeblich wegen Sharons provokativen Besuchs des Tempel-Berges – ein Besuch, der mit der palästinensischen Führung vorher abgesprochen war. In den nächsten acht Monaten kam es zu über 5200 Attacken gegen Israel und seine BürgerInnen. In den letzten Monaten wurden die Selbstmord-Bombenattentate berühmt; unerwähnt bleiben die wilden Schüsse und Angriffe mit dem blanken Messer auf SoldatInnen wie ZivilistInnen. Im Februar 2002 wurden ca. 15 Israelis ermordet, 8 wurden verletzt, im März gab es ca. 96 Tote und über 550 Verletzte, im April bislang 17 Tote und über 80 Verletzte. Ein Staat ist dazu verpflichtet, das Leben seiner BürgerInnen zu schützen. Dies muss man erwähnen, weil dies in

Deutschland

wo man einen Überfall vortäuschte, um den 2. Weltkrieg beginnen zu dürfen, für Israel nicht gelten

soll und weil der Terror oft nichtmals erwähnt wird. Hier herrscht das Bild vor, dass ein

brutales Israel wehrlose, gedemütigte PalästinenserInnen von ihrer

an gestammten Scholle vertreibt und unterdrückt; hier sieht man

Bilder von palästinensischen Jugendlichen und Kindern, die mit Steinen auf Panzer werfen („David gegen Goliath“) – aber nicht die von Terroristen und palästinensischen Polizisten, die hinter diesen Kindern stehen und auf israelisches Militär feuern; nicht die vom palästinensischen Mob, der angebliche Kollaborateure mit bloßen Händen masakriert. Hier kennt man das Bild vom kleinen Mohammed Aldura, erschossen im November 2000, tot in den Armen seines Vaters, – aber man fragt sich nicht, was ein Kind im Schussfeld machte, mehrere Stunden, nachdem Tanzim-KämpferInnen über die Köpfe derjenigen hinweg, die zu befreien sie vorgeben, das Feuer auf israelische PolizistInnen eröffnet hatten. Seitdem ist Israel der „Kindermörder“: Räuber der Unschuld, Meuchler der Hoffnung und der Zukunft; seitdem fehlt ein entsprechendes Transparent auf keiner Pro-Palästina-Demo. V.a. das, was in Deutschland die Linke ist, reichert das Phantasma um eine pikante Gleichung an:

„Israel = Nazis“

Seit den 70er Jahren werden militärische Aktionen Israels immer wieder mit Nazi-Verbrechen gleichgesetzt und (gerne unter Berufung auf israelische Stimmen) als „Holocaust“ bezeichnet; Antimperialisten definierten Israel als „faschistischen Staat“. Aber auch Jürgen Möllemann weiß, dass Israel wie seinerzeit die deutsche Wehrmacht in der Sowjetunion derzeit einen „Vernichtungskrieg“ führe; laut José Saramago, Literaturnobelpreisträger von 1998, sei die Besetzung Ramallahs „in the spirit of Auschwitz“. Weil dies Allgemeingut geworden und beliebt ist, weiß eine palästinensische Menschenrechtsorganisation, was sie melden muss: die israelische Armee schiebe mit Planieraupen Leichen in Massengräber; wie im KZ, die Assoziation zu bekannten Bildern aus Bergen-Belsen ist sofort hergestellt.

Dies alles ist nicht nur sachlich falsch; dies alles bedient sich nicht nur einer Rhetorik, von der man inzwischen weiß, dass sie in Deutschland gut ankommt; dies dient v.a. dazu, die deutsche Vergangenheit zu entsorgen. Wenn die Juden die Nazis von heute sind, dann muss auch ihr Staat zerschlagen oder wenigstens von UN-Truppen mit deutscher Beteiligung besetzt werden; dann kann man die eigenen Verbrechen relativieren. Weil die Deutschen im Gegensatz zu den „Hakenkreuzlehrlingen“ (E. Fried über Israelis), obwohl jene doch im KZ waren und zur Belohnung einen eigenen

Staat geschenkt bekamen, aus der Vergangenheit gelernt hätten, sollen diese aus deren Schatten heraustreten können und im Namen von Völker- und Menschenrecht (im übrigen wie Nazi-Deutschland auch) wieder Krieg führen dürfen.

Die arabische Welt

zieht hier gerne mit. Eine Karikatur in den Arab News (10.04.02) zeigt Sharon, der mit einer Hakenkreuzhacke blutspritzend palästinensische Kinder zerhackt. Aber es geht auch elaborierter. Im Mai 2001 diskutierten arabische Intellektuelle im TV-Sender Al-Jazeera, warum die Israelis Nazis seien. Man betreibt Propaganda an mehreren Fronten: Zum einen seien die Israelis Nazis; zum anderen wird eifrig der Holocaust gelehrt, und wenn nicht, dann sei er von Juden inszeniert worden, um einen eigenen Staat auf Kosten der Araber zu erpressen; aber zum dritten ist ebenso zahlreich und alltäglich ein klassischer Antisemitismus.

In Ägypten soll die 30tlg. TV-Serie Horseman without a Horse, u.a. produziert vom saudischen Fernsehen und Radio, gesendet werden, eine Verfilmung der Geschichte und Inhalte der Protokolle der Weisen von Zion. Die Protokolle selber, ebenso wie ein anderer Klassiker des modernen Antisemitismus, Hitlers Mein Kampf, erreichen in der arabischen Welt hohe Auflagen. Im März, passend zu Ostern, warb Arafats Berater Bassam Abu Sharif in der saudischen Tageszeitung Al-Sharq Al-Awsat beim Westen um Sympathien mit der Meldung, die Juden hätten Jesus aus Kreuz genagelt; zum jüdischen Purim-Fest wärmte Dr. Umayma Ahmad Al-Al-Jalaha, von der King Faysal-Universität in Al-Dammam, in der saudischen Tageszeitung Al-Riyadh die Mär auf, Juden würden für ihre Festküchlein menschliches Blut verbacken.

Der Beispiele sind Legion, wie die Lobpreisungen der Selbstmord-AttentäterInnen bspw. in der regierungskontrollierten saudischen Tageszeitung Al-Jazira oder in der regierungsgesponserten ägyptischen Al-Akhar. Wafa Idris, die erste weibliche Selbstmord-Bomberin erfuhr in den Medien Palästinas, Ägyptens, Jordaniens und Saudi-Arabiens besondere Verehrung.

Die arabischen Staaten belassen es nicht bei moralischer Unterstützung, v.a. liefern sie Geld und Waffen für die Terror-Organisationen, die den Friedensprozess unterminieren, den ihre Finanziers angeblich anstreben.

Israel-Kritik und Antisemitismus

Wendet man auch nur ein Wort gegen die Verleumdungen und Parteinahmen, erwähnt man die Bedrohung Israels, wird sofort eingewandt, man dürfe Israel wohl gar nicht

mehr kritisieren. Soweit sei es schon wieder: die Juden kontrollieren die öffentliche Meinung. Die Israel-KritikerInnen sieht sich als Angehörige einer verfolgten Minderheit, die nicht sagen dürfe, was Sache sei – dabei spricht er/sie der Nation aus der Seele. Es mag eine Kritik an Israel geben, die nicht antisemitisch oder antisemitisch konnotiert ist, bislang wurde keine vernommen. So lange dies weiterhin so ist, so lange Juden in der ganzen Welt für die Taten des Staates, in dem sie zwar nicht leben – der sie aber sofort aufnehmen wird, wenn es notwendig ist – in Sippenhaft genommen werden, indem Juden in Deutschland auf offener Straße überfallen oder angepöbeln werden, indem in Tunesien und Frankreich auf Synagogen Anschläge verübt und diese Taten als Befreiungskampf verkauft werden, – solange sollte man sich solcher Kritik auch enthalten, um nicht falsche Freunde zu gewinnen.

fake

Anzeige

nach Aufklärung verhält nicht ungehört

Ja ich will konkret drei Monate für 9 Euro Sonderpreis unverbindlich testen. Meiner Bestellung liegen

☐ O Scheck ☐ O Bargeld ☐ O Briefmarken

in dieser Höhe bei.

Das Probeabo endet automatisch nach Ablauf der drei Monate. Ein Normalabo kostet 53 Euro, Studenten zahlen 43 Euro.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer, Telefon

PLZ, wohnort

Datum, Unterschrift

Coupon senden an:
KVV KONKRET, Ruhrstr. 111, 22761 Hamburg oder <http://www.konkret-verlag.de>

konkret

– Jeden Monat neu –